SCHANZEN NEUES LEBEN

SEPT./OKT. 1988 DM 2,00

„Ich meine, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage grundsätzlich wirksam ist. Wenn z.B. eine Nachfrage nach armen Leuten besteht, wird das Angebot steigen, um die Nachfrage zu befriedigen.“

(Milton Friedmann, US-amerikanischer Ökonom, Nobelpreisträger (1976), wirtschaftlicher „Berater“ der chilenischen Militärjunta und der Reagan-Regierung, Chefdenker der sog. „Chicagoer Schule“ o.a. „Chicago-Boys“)

„Wer von den Chicagoer Vorbildern vergleichsweise noch am wenigsten Leute umgebracht hat, ist Al Capone.“ (FR, 22.8.81)

TERMINE

Ein uns allen bekanntes Gastwirtsehepaar hat uns leider gen Süden verlassen, allerdings unterstützten sie vorher noch den Flora-Widerstand mit einer großzügigen Spende. Efkaristo poli und kommt bald wieder. Wir kommen zwar auch alleine gut klar, aber...

Infoveranstaltung:
Atomwaffenverzicht ins GG
Veranstalter:
Hamburger Arbeitskreis "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz"
Podiumsdiskussion mit:
Robert Jungk, Till Bastian (Ärzte gegen den Atomkrieg), T. Ebermann (MdB-Grüne), Peter Gingold (VVN), Leonard Hajen (SPD)
Diskussionsleitung:
Detlef zum Winkel
Horst Bethge (DFU)
30.9. Kampnagel Halle K 6, 19.30.

LITERATURLABOR; Lindenallee 40

Schreibsprechstunde: Mittwochs von 15 - 17 Uhr
5 Mark, eigene Texte mitbringen!

Lesung: Der Cowboy
Do, der 15. 9., 20 Uhr, 3 Mark
Anke Hermann liest aus ihrem unveröffentlichten Werk.

Inhalt :

D U C K E N F E L D im Oelkerscafe

Oelkersallee 64, 2000 Hamburg 50, Cafetelefon: 439 34 13

SAMSTAG, 17.9., 21.00
SONNTAG, 18.9., 21.00
MONTAG, 19.9., 21.00
DIE UNWÜRDIGE GREISIN, (La Vieille Dame Indigne), Frankreich 1965, Regie: R. Allio mit: Sylvie, 92 Min.

SAMSTAG, 24.9., 21.00
SONNTAG, 25.9., 21.00
MONTAG, 26.9., 21.00
DAS HÖCHSTE GUT DER FRAU IST IHR SCHWEIGEN, BRD/SCHWEIZ 1980, Regie: Gertrud Pinkus, 90 Min.

Ein notweniger Hinweis

In der letzten Ausgabe ist uns beim Setzen der Texte ein Fehler unterlaufen: Auf den Seiten 16 und 17 ist bei der Auflistung der E-Nummern die Reihenfolge nicht ganz eingehalten worden. Die Nummern E 226 - E 297 tauchen bei den Dreihunderter-Nummern auf!

Bitte beachten.

IWF - Tage!
Termine stehen beim Artikel.

Israel: Bürgerkrieg oder Faschismus

Am Mittwoch, den 28. September, sendet die Initiative Radio St. Pauli im sogenannten "Offenen Kanal" (95 Megahertz, zwischen 19 und 22 Uhr) einen Beitrag zur Palästina - Diskussion.
Die Sendung **"Israel: Bürgerkrieg oder Faschismus"** beruht im wesentlichen auf einem Interview mit Dr. Israel Shahak, einem israelischen Chemieprof, der zur (sehr schwachen) antizionistischen Opposition innerhalb der israelischen Gesellschaft gehört. Die Aufnahmen mit Shahak entstanden im Mai in London bei einem internationalen Kongress jüdischer Linker.
Shahak berichtet über die Entstehung der Intifada aus den zunehmenden Pogromen an Palästinensern im vergangenen Jahr, und über die neue Qualität gegenüber früheren Aufständen: Darüber, daß die Führer des Volksaufstands Israel von innen kennenlernten, weil sie als Wanderarbeiter in israelischen Fabriken und Farmen arbeiteten. Sie erkannten den seit Jahren zunehmenden Rechtsradikalismus in Israel, und aus diesem Verständnis bezieht die Intifada ihre Kraft - sie ist nicht einfach der Aufstand der "Kinder der Steine".
Shahak spricht über die Kräfteverhältnisse



in der israelischen Gesellschaft, über die faschistische Forderung nach Deportation aller Palästinenser in den 1967 besetzten Gebieten; darüber, daß die "Politik der eisernen Faust" in den Territorien eine faschistische Politik im "israelischen Kernland" nach sich ziehen muß: Daß ein Teil der Israelis lieber einen Bürgerkrieg als die Deportation der Palästinenser haben will.
Schließlich spricht Shahak über die Rolle der Kibbuzim: "Die verhaßteste Einrichtung in Israel", "zu nichts nütze als zur Produktion von Soldaten", "moralisch und wirtschaftlich verrottet", und über die neuen eckigen Plastikschlagstöcke, die in einem Kibbuz hergestellt werden und mit denen die zionistische Armee extra für die Intifada ausgestattet wurde.
Shahak ist als israelischer Jude ein besonders interessanter "Kronzeuge" für die Entwicklung in Palästina. Die Initiative Radio St. Pauli will mit der Sendung einerseits einen Beitrag zur aktuellen Diskussion zu dem Thema liefern, außerdem mit dieser (und weiteren) Sendung(en) für ihr Projekt eines nichtkommerziellen, unabhängigen Lokalradios werben: Sozusagen als eine Art Hörprobe.

Global denken - lokal handeln gegen IWF und Weltbank

West-Berlin steht ein neuer Höhepunkt bevor. Zum ersten Mal seit 16 Jahren führen der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank (WB) auf europäischem Boden wieder eine gemeinsame Jahrestagung durch.

Die Frechheit und Arroganz, mit der die Mächtigen ihre Unterdrückung auch noch anpreisen, ist erstaunlich: Einen "Ort des Dialogs" sieht Berlins Herrschender Bürgermeister Diepgen in der Tagung. Der SPD-Vorsitzende Momper verurteilte alle die, die "Argumente durch Gewalt ersetzen wollen"; dennoch begrüßte seine Fraktion die Tagung einhellig. "Chief Information Officer" Hartmann erhofft sich Auseinandersetzungen und Diskussionen.
30 Millionen DM kostet die Propagandaveranstaltung in Berlin. Warum so viel Geld, wenn es doch wirkliche Diskussionen in Berlin nicht geben wird, weil die Entschlüsse sowieso von den großen westlichen Industrienationen gefaßt werden? Doch die Lage auf dem Weltmarkt ist gespannt; die Länder der Dreikontinente sind bei den Industrienationen mit astronomischen Summen verschuldet, für immer mehr Entwicklungsländer" verschärft sich die soziale und wirtschaftliche Lage zunehmend. In dieser angespannten Situation kommen IWF und WB immer mehr an Bedeutung zu, die Ausbeutung des Trikonts durch die westlichen Industrieländer zu sichern.



Wie alles anfing...

Die Gründung des IWF und der "International Bank for Reconstruction and Development" (IBRD), der Weltbank, wurde von den Alliierten während des zweiten Weltkrieges geplant und durchgeführt. Hintergrund waren die erwarteten Zahlungsbilanzdefizite der europäischen Länder; mußten doch fast alle europäischen Länder wegen ihrer kriegszerstörten Wirtschaft hauptsächlich erstmal Waren eingeführen. Hier sorgte der IWF dafür, daß Engpässe in der Zahlungsfähigkeit eines Landes überbrückt wurden.
Der **IWF** sollte also nach seiner Gründung in erster Linie mit **kurzfristigen Stützungskrediten Währungskrisen einzelner Länder eindämmen.**
Die **Weltbank** sollte dagegen durch **langfristige Kredite für konkrete Projekte** den Wirtschaftsprozeß in Gang bringen.

Struktur von IWF und Weltbank

IWF und Weltbank waren von Anfang an in den Händen der westlichen Industriestaaten, allen voran die USA. So entscheidet beim IWF nicht etwa jedes Land gleich viel, sondern **nach der Höhe der Kapitaleinlagen.** Da alle Entscheidungen mit einer Mehrheit von 85% der Stimmen getroffen werden müssen, können die "entwickelten" kapitalistischen Länder den Fond praktisch kontrollieren.
Auch bei der Weltbank verfügen USA, BRD, Japan, Großbritannien und Frankreich zusammen über 43% der Stimmen im Aufsichtsrat, und dieser entscheidet über die Kreditvergabe.

Worin besteht die Macht des IWF?

Die Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre führte dazu, daß die Unternehmen der Industrienationen ihre Gewinne nicht mehr investierten. Diese Gelder standen den Banken als freies Kapital zur Verfügung, das gewinnbringend angelegt werden mußte; dazu kamen die Gewinne der Ölstaaten.
Kredite von privaten Banken wurden deswegen billiger, die Staaten der Dreikontinente verschuldeten sich sprunghaft. Mehr und mehr wurden die Privatbankkredite benutzt, um Zahlungsbilanzdefizite zu decken.
Spätestens, als Mexiko 1982 seine Zahlungsunfähigkeit erklärte, wurde deutlich, daß der angehäufte Schuldenberg nicht mehr zurückzahlbar war.
Immer mehr Länder haben Zahlungsprobleme, und müssen beim IWF Stützungskredite beantragen. Obwohl private Banken erheblich mehr Kredite vergeben haben, kommt dem IWF die Position eines Kreditführers zu. Denn IWF-Kredite sind mit **strikten Auflagen** verbunden, die dem Trikont kaum noch Spielraum für eine eigenständige Wirtschaftspolitik lassen:

- Abwertung der Währung zur Exportförderung
- Abschaffung der Devisen- und Importkontrollen (Liberalisierung des Handels- und privaten Kapitalverkehrs)
- Anhebung der Zinssätze mit dem Ziel der Kreditverknappung
- Verminderung der Staatsausgaben, besonders im sozialbereich (Subventionsstreichungen bei Lebensmitteln etc.)
- Lohnstopp bei Abbau von Preiskontrollen für die privaten Unternehmer
- Steuererhöhungen
- Erleichterungen für ausländische Unternehmen

Worin besteht die Macht der Weltbank?

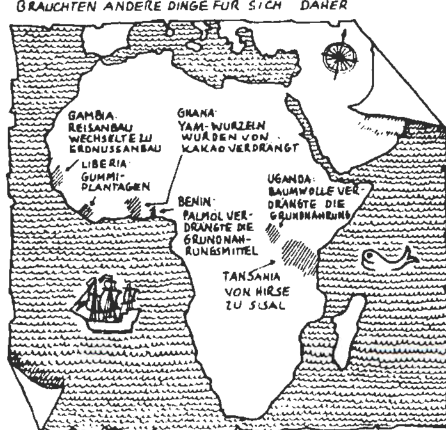
Die Macht der Weltbank liegt ähnlich wie beim IWF zum einen darin, daß sich ein Land das Vertrauen auf dem internationalen Kapitalmarkt, auch dem privaten, mit der pünktlichen Rückzahlung dieser Kredite erwirbt. Zum anderen werden mit der Aufnahme von Krediten scharfe Bedingungen an die Empfängerländer geknüpft, damit sie ihre Kredite auch zurückzahlen können. Daraus ergeben sich unmittelbar zwei Forderungen für diese Länder: Sie müssen dem internationalen Kapital etwas bieten können; außerdem können sie es sich nicht leisten, die Weltbankkredite für "unproduktive Zwecke" wie Schulen oder Krankenhäuser auszugeben. Welche politische Macht auch die Weltbank besitzt, wird daran deutlich, daß ihr nicht genehme Regierungen keine Unterstützung erhalten, wie z.B. Brasilien während der Regierung des Linkspopulisten Goulart (1961-64), Ghana unter Nkruma, Chile unter Allende (1970-73) bis hin zu Nicaragua heute.

Ziel der Politik von Weltbank und IWF ist es eben nicht, einem armen Land zu helfen, sondern dessen **Wirtschaftsstruktur so zu verändern,** daß Kredite zurückbezahlt werden können, daß die Länder des Trikonts als Rohstofflieferanten zur Verfügung stehen, daß sie als Absatzmarkt für eigene Produkte zur Verfügung stehen, daß die etablierte Weltwirtschaftsordnung bestehen bleibt.
Bei der Sicherung von Zins- und Tilgungszahlungen gingen und gehen IWF und Weltbank über Leichen. Millionen Menschen bezahlen die einschneidenden Umstrukturierungsprogramme des IWF mit Hunger, Vertreibung, Verelendung, Tod.
Die Tragweite der Folgen für die natürliche Umwelt ist noch gar nicht abzusehen.

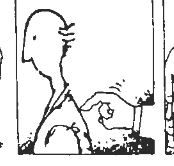
Umstrukturierung auch bei uns

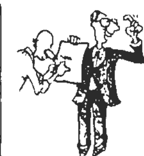
Die sogenannte "Schuldenkrise" ist für die westlichen Industrienationen alles andere als eine Krise, sondern ein hervorragend geeignetes Druckmittel. Doch nicht nur in den Ländern des Trikonts wird umstrukturiert, unterdrückt; auch und gerade die Industriestaaten besitzen eine wichtige Funktion.
Die technologische und soziale Umstrukturierung setzt auf verschiedenen Ebenen an: In den Arbeitsverhältnissen führen die Umstrukturierung der Arbeit durch Informationstechnologien und die Angriffe auf die Organisation der Arbeitenden zur Auflösung der traditionellen Arbeiterklasse. Massenhafte Fabrikarbeit zu tariflich festgelegten Löhnen wird immer mehr von verschiedenen Formen entgarantierter Arbeit verdrängt: Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Heimarbeit, job-sharing, Subunternehmertum.
In der Sozialpolitik vollzieht sich parallel zur immensen Ausweitung der neuen Armut ein neuer Übergang. Das Konzept einer finanziellen Befriedigung des konfliktpotentials wird aufgegeben zugunsten vermehrter Repression. Auch die Hamburger Standortpolitik wird von IWF und Weltbank geebnet.

Am Handel mit verschiedenen Waren können wir die Folgen der IWF POlitiksehen.
Der Hamburger Hafen ist der zweitgrößte Europas. Es gibt nahezu keine Ware, die nicht über diesen wichtigen Umschlagplatz der BRD läuft. Dabei hat der Handel mit "Kolonialwaren" und Rohstoffen aus den heutigen IWF Schuldnerländern besondere Tradition:



Es waren nicht zuletzt Hamburger Kaufleute, die Ende letzten Jahrhunderts Kaiser und Reich zur Besetzung von Kolonnien und zum Bau des Freihafens drängten.
Auch heute ist HH Dreh - und Angelpunkt für den Handel mit überseeischen Gütern.
Der Nordosten Brasiliens ist eines der größten Hungergebiete der Welt. Das hindert die HERRschenden Brasiliens nicht, den Anbau des Exportschlagers Soja auf Kosten der Grundnahrungsmittelproduktion auszubauen. Gezwungen wird Brasilien dazu durch die IWF - Auflagen und die Verschuldungspolitik.



Soja z.B. ist ein eiweißreiches Nahrungsmittel, das hier überwiegend zu Viehfutter verarbeitet wird.
Die BRD ist der größte Sojaimporteur der Welt, HH mit drei Mio t pro Jahr einer der größten Sojaumschlagplätze. Ca 550 000 t davon kommen aus Brasilien, wo Soja in großen Monokulturen angebaut wird.
Einer der Hauptnutznießer dieser Politik sitzt unter der Köhlbrandbrücke : Alfred Toepfer, Besitzer der Club kraft Futterwerke, Anteilhalter an der Ölmühle Hamburg und der Neuhof Hafengesellschaft, Besitzer einer Sojaaufkauffirma in Brasilien.

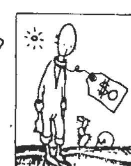
Auch die multinationalen Fruchtkonzerne profitieren von dieser Politik.85 % der Früchte kommen aus dem Trikont und werden über die senatseigene Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) umgeschlagen.
Südafrika mit den Firmen Cape und Outspan. Cape und die HHLA können sich gegenseitig das Kompliment machen, die Größten zu sein: 1/3 der südafrikanischen Obsternte geht nach HH. Israelische Früchte und Gemüse (JAFFA) werden ebenfalls von der HHLA umgeschlagen.
Was für Vorteile die IWF- Auflagenpolitik und somit stetig niedrige Rohstoffpreise für die BRD haben, sieht mensch deutlich an der Verarbeitung von Kakao, Kaffee und Kupfer.

Hamburg ist der zweitgrößte Kakaohafen der Welt, die BRD hat die größte kakaoverarbeitende Industrie der Welt, ohne eine einzige Bohne selbst angebaut zu haben. EG Staffelzölle sorgen dafür, daß sich die Kakaoverarbeitung in den Herkunftsländern nicht lohnt.
Gleichzeitig ist die BRD der zweitgrößte Kaffeeimporteur der Welt, Wobei nur 1/3 des erlangten Kaffeepreises in die Anbauländer gelangt. Einen Kaffeeimporteur und -röster des ganz großen Stils haben wir hier in HH:
Bernhard Rothfos, dessen KG vor einiger Zeit mit der Bremer Kaffeeimportfirma Neumann fusionierte. Schon vor dieser Fusion kontrollierte diese kleine Firma 10% des Weltkaffeehandels, und das, wo Kaffee wertmäßig das zweitwichtigste Handelsgut darstellt.
Rothfos war über Jahre hinweg der alleinige Käufer des salvadorianischen Kaffees, also HERR über die Außenwirtschaft dieses Landes. Nun führt El Salvador aber seit Jahren einen blutigen Kampf gegen das eigene Volk und die Befreiungsbewegung FMLN. Diese griff bisweilen dortige Kaffeeschuppen an. In zumindest einem Fall wurde daraufhin deutlich, wie auch im Handel mit zivilen Gütern mit ganz "normalen Geschäften" Aufstandsbekämpfung in der sog. "3. Welt" von hier bezahlt wird: Mit einer Sondergenehmigung der Kaffeeabkommenstaaten nahm Rothfos 50% der Jahresernte, die sonst quartalsmäßig gehandelt wird ab, und lagerte sie u.a. bei der HHLA ein.

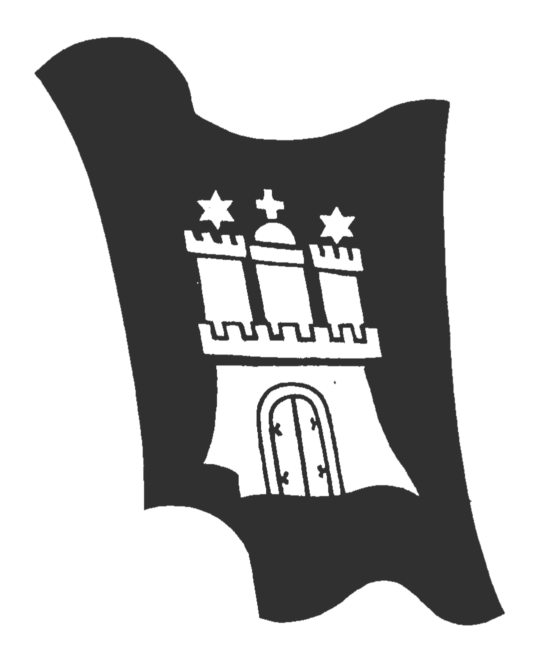
Ähnlich liegt es beim Kupfer. Ohne eigene Kupfererzvorkommen ist die BRD der drittgrößte Kupferverbraucher der WElt. 50% des Kupfers stammen aus Chile, Südafrika und Papua Neuguinea. Wiederum nicht weit vom Köhlbrand steht die Norddeutsche Affi, größte Kupferhütte der westl. Welt ohne eigenen Bergbau, sowie der Hansaport, wo die ganzen Erze angelandet werden.

Der Containerterminal als wirtschaftlich bedeutendster Teil des HH Hafens, ist auch Umschlagplatz für Atombrennstoffe aus Australien, Kanada, USA, UdSSR und dem von Südafrika besetzten Namibia.
Urankonzentrat aus Namibia wird mit Containerschiffen in den größten Containerhafen Hamburgs - Waltershof - gebracht und dort auf HHLA Gelände abgefertigt.
Uranhexafluorid wird regelmäßig von Le Havre über HH nach Riga oder Leningrad zur Anreicherung verschifft und später von dort wieder über den Freihafen zu Brennelementefabriken in Hanau oder in den USA gebracht.
HH trägt als Drehscheibe für Atomtransporte nicht unwesentlich zur Aufrechterhaltung des Betriebes von AKWs und anderen Atomanlagen bei. Somit auch zur Vernichtung von Mensch und Umwelt, in Südafrika genauso wie hier in der BRD, beim Handel mit der strahlenden Fracht.

Im Hamburger Hafen werden aber auch tödliche Waffen produziert und umgeschlagen. Die Werft Blohm und Voss warb 1977 mit Erfahrungen aus einer 100 jährigen Tradition. Seit 1978 lief dort kein ziviles Schiff mehr vom Stapel. In den vergangenen 100 Jahren gab es drei Perioden, in denen die militärische Produktion für B. & V. entscheidend war:
Vor dem 1. Weltkrieg, vor dem 2. WK und jetzt. Dabei baut B.& V. nicht nur Schiffe für die Bundesmarine und die NATO Staaten. Ein speziell von Blohm entwickeltes Kriegsschiffkonzept findet guten Absatz in Ländern der sog. "3 Welt": Die MEKO Fregatte/ Korvette. Mit diesen Schiffen wurde das bis dato größte Rüstungsexportgeschäft der BRD gemacht. Während des Malvinenkrieges baute B.&V. vier Fregatten und einige Korvetten für das hochverschuldete Argentinien. Argent. Offiziere waren hier auf der Werft und wurden eingewiesen.
Weitere Käufer der MEKO Schiffe waren Türkei, Nigeria und Portugal, letztere mit einem 294 Mio starken Bundeszuschuß. Nigeria bietet seine Fregatte aus Finanzschwierigkeiten mittlerweile zum Verkauf an. Die neuesten Aufträge heißen in Belegschaftsjargon "Fluchthelferschiffe". Das sind riesige Luxusjachten mit Hubschrauberlandeplatz, die in geschlossenen Docks für geheime Auftraggeber gebaut werden. 1985 hat B.&Vdie mittlerweile aufgelöste HDW gekauft, was sowohl bei Blohm als auch bei HDW eine riesige Entlassungswelle zur Folge hatte. Dieser Kauf war Teil der in der gesamten BRD laufenden Werftenkonzentration. Bei B&V gibt es seit Anfang der 80er Jahre einen Arbeitskreis "Alternative Fertigung", der sich mit Alternativen zur Rüstungsproduktion beschäftigte.

ooo



Hamburgs Rolle in der weltweiten Umstrukturierung der Seehafenwirtschaft

Nach der zielstrebigen Containerisierung des Hafenumschlags und der Einführung von Datenverarbeitungssystemen zeigen sich auch im HH Hafen - im Rahmen weltweiter Umstrukturierung - Einsatz und Praxis von High Tech Entwicklungen: Automatisierte Lagerhaltung, automatisierte Containerterminals, rationalisierter Stückgutumschlag, Ersetzung der Büroarbeit durch Computersysteme etc.
Der Zulieferverkehr und die angebotenen Dienstleistungen müssen so umstrukturiert werden, das optimale Schnelligkeit der Verladungen zu allen Tages- und Nachtzeiten gewährleistet sind.
In diese Entwicklung paßt auch der weitere Ausbau des Containerzentrums Waltershof.

Konsequenzen der Umstrukturierung für die Beschäftigten im HH Hafen am Beispiel HHLA

Auch für die Beschäftigten im Hafen ergeben sich aus der Umstrukturierung des gesamten Hafenbetriebes weitreichende Konsequenzen. Dem Zuwachs des Gesamtumschlags bei der HHLA steht ein kontinuierlicher Abbau der Belegschaft gegenüber. Bis 1990 sollen insgesamt die Arbeitskräfte von 3 600 auf 2 700 reduziert werden. Dazu haben sich die Arbeitsbedingungen verändert. Inzwischen wird nach einem Vier - Schichtensystem an sieben Tagen in der Woche gearbeitet, wobei die bisherige Regelung durch Freizeitausgleich in Zukunft für die Arbeiter verschlechert werden soll.
Eine weitere Tendenz besteht darin, daß zunehmend einige Bereiche, die bisher von der HHLA selbst abgedeckt wurden, durch Privatisierung von Betriebsteilen umorganisiert werden (Die Leistungen werden dann geleast). Ziel dieser Verlagerungen ist die Inanspruchnahme von billigeren bzw Billigtarifen, da bisher bei der HHLA relativ gute und sozial abgesicherte Arbeitsverträge bestanden. Über die Drohung mit weiterem Arbeitsplatzabbau sollen zudem Verschlechterungen der bestehenden Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden. U. a. ist auch hier eine höhere Flexibiltät anvisiert, in dem nämlich zukünftig Arbeitskräfte unter den Hafenbetrieben "ausgeliehen" werden sollen (was zum Teil schon passiert) und damit eventuelle "Leerzeiten" ausgefüllt werden.

Containerisierung des Hamburger Hafens und die Auswirkungen für die "Dritte Welt"

Wenn in den Industrieländern auf Container umgestellt wird, müssen die abhängigen Länder mitmachen, ob sie wollen oder nicht. Die weltweite Einführung der Container zwingt allen Ländern die Alternative auf, entweder den neuseten Stand der Technologie zu übernehmen oder schrittweise vom Weltmarkt verdrängt zu werden.
Die am weitesten durchrationalisierten Häfen bestimmen das Technologieniveau des Welthandels. Und HH Hafen ist einer der modernsten Containerumschlagplätze der Welt. Containerisieren zu müssen, bedeutet für die abhängigen Länder allerdings wesentlich höhere Opfer als für die BRD. Sie müssen alles notwendige dafür importieren, bishin zum Know-how.
Wenn allerdings schon hier wie in Moorburg und Altenwerden ganze Dörfer den Plänen der Wirtschaftplaner weichen mußten, können die Konsequenzen auch für die Länder des Trikont nicht gerade günstig sein: So wurde Anfang der 80er Jahre auf Mindanao, der großen Südinsel der Philippinen, finanziert durch die WB, eine Exportverarbeitungszone errichtet und eine dortige Hafenanlage erweitert. Die Hamburg Port Consulting, eine Tochter der HHLA, wurde für die Planung herangezogen. 5 000 Menschen wurden daraufhin zwangsumgesiedelt, die ortsansässigen Fischer verloren ihre Existenzgrundlage.
In dieses Bild paßt auch die Zielvorstellung, demnächst weitere Schwerpunkte des Hamburger Seehandels vollständig auf Containerverkehr umzustellen: Südamerika, Afrika, Indonesien, Thailand und VR China. Mensch braucht nicht erst zu fragen, wer daran doppelt verdienen wird.

Weltweite Umstrukturierung vollzieht sich auf vielen Ebenen

Eine davon ist die "Standortverlagerung" von Industriezweigen der Metropole in "Billiglohnländer" des Trikont.
Hier sind die Folgen dieser "Standortverlagerung", wie diese Arbeitsplatzvernichtung in der BRD beschönigend beschrieben wird, Schiffsausflaggung, Werftensterben und Massenentlassungen. Das hat für das Kapital viele Vorteile: Beteiligungen oder Aufkauf von Industrien zu Ausverkaufspreisen, billige Arbeitskräfte, Steuerbefreiungen in den Freihandelszonen, keine oder unzureichende soziale Gesetzgebungen in den jeweiligen Ländern und keine Umweltauflagen. Pestizid- und Pharmakonzerne können in "ihren" neuen Standorten relativ ungehindert die Umwelt zerstören, um damit die Produktionskosten zu senken.
Durch die IWF - Auflagenpolitik, die zu verstärkten Exporten zwingt, wird im Agrarsektor des Trikont mehr und mehr dazu übergegangen in riesigen Monokulturen Agrargüter wie Soja, Baumwolle, Kaffee oder Gemüse für den US - amerikanischen und europäischen Markt anzubauen.

Die inhaltliche und praktische Auseinandersetzung um die Funktion des Hamburger Hafens kann Grundlagen schaffen, um Inhalte zusammenzuführen und über die Entwicklung von Vorstellungen und Linien zu einer antiimperialistischen Strategie in den Metropolen beizutragen.

Global denken - lokal handeln gegen IWF und Weltbank

HAFENAKTIONSTAG

am Dienstag den 27.9

TeilnehmerInnen sammeln sich für den

Fahrradkorso: Route 1

11.3o	Oberbaumbrücke dann per Fahrrad Richtung Veddeldamm bis zum Treffen mit dem Autokorso,in den sich der Fahrradkorso einreiht .
Autokorso:	Route 2
12.00	Parkplatz am AK Altona Behringstr. Abfahrt dursh den Elbtunnel,über die Köhlbrandbrücke,Argentinienbrücke Veddeler Damm zur Oberbaumbrücke.
14.30	Kleine Kundgebungen - Infotische - Transparente usw. an den Zollausgängen: **Landungsbrücken** **Baumwall** **Kornhausbrücke**
16.30	**Abschlußkundgebung** Landungsbrücken
Route 1	Oberbaumbrücke,Poggenmühle,Magdeburgerstr. Brooktor,Versmannstr.,Freihafenbrücke, Am Moldauhafen,Am Saalehafen,Veddeler Damm Ellerholz,Rampe,Roßdamm.

Der Hafenaktionstag findet im Rahmen der HH Aktionswoche vom 26._29.9.88 statt. Die einzelnen Termine waren bei Redaktionsschluß leider noch nicht bekannt,können aber sicher in div. Buchläden erfragt werden und werden auch noch über Flugblätter bekanntgemacht.

ATOMWAFFENVERZICHT INS GRUNDGESETZ !

"Das Modell, das den Kritikern im allgemeinen vorschwebt, ist eine europäische Atomstreitmacht, die sich aus der Europäisierung des französischen – gelegentlich auch britischen – Nuklearpotentials entwickeln müßte. Eine solche Atomstreitmacht wäre ohne jede Frage eine bedeutsame Vrstärkung der europäischen Abschreckungslandschaft. Daher ist es legitim und richtig, sie als Endziel europäischer verteidigungspolitischer Einigung anzustreben...Eine französisch-deutsche Verteidigungsunion könnte ein solcher Impuls, ein Anfang, ja ein Durchbruch sein. Sie entspräche dem Gebot der Stunde. Doch wer wagt schon, mit ihrer Verwirklichung in naher Zukunft zu rechnen?" (M. Wörner, in: Wehrkunde, April 1976)

Diese Visionen des neuen NATO-Generalsekretärs rücken schneller näher als die Friedensbewegung gedacht hat.
Das INF-Abrüstungsabkommen zwischen den USA und der Sowjetunion hat bei den westeuropäischen NATO-Staaten neue Ängste über eine angebliche Abkoppelung der USA von Westeuropa geschürt. Heute bahnt sich unter dem Stichwort "Modernisierung" und dem Ausbau der nuklearen Potentiale Frankreichs und Großbritanniens eine neue Aufrüstung an. Im Schatten der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen bildet sich damit zunehmend als "europäischer Pfeiler der NATO" eine westeuropäische Atomstreitmacht heraus.
Diese Bestrebungen werden sowohl von den Regierungsparteien als auch von der SPD unterstützt.
Im neuen außenpolitischen Programm der CDU werden die Atommächte Frankreich und Großbritannieb aufgefordert, "ihr nukleares Potential in eine gemeinsame Europäische Sicherheitsunion einzubringen" und für die gemeinsame Verfügungsgewalt einen "Europäischen Verteidigungsrat" zu etablieren.
Der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr forderte im Februar eine westeuropäische nukleare Planungsgruppe unter Einschluß der BRD.
Und im Bundestag gab Horst Ehmke für die SPDdie Zustimmung zur Errichtung eines westeuropäischen Leitsatelliten für die "Force de Frappe".

Die nuklearen Ambitionen der BRD

Immer wieder haben maßgebliche Kreise dieses Landes klargemacht, daß sie sich mit dem nicht-nuklearen Status der BRD nicht zufrieden geben wollen. Die Unionsparteien gehörten zu den schärfsten Kritikern eines Beitritts zum Atomwaffensperrvertrag. Die sozial-liberale Regierung unterschrieb ihn 1969 unter dem Vorbehalt, daß er eine westeuropäische Atomstreitmacht nicht verhindern dürfe. Besonders deutlich demonstriert Helmut Kohl den Wunsch nach bundesdeutscher nuklearer Verfügungsgewalt: Während der Auseinandersetzung um das INF-Abkommen im letzten Jahr bezeichnete die Bundesregierung die 72 Pershing-IA-Raketen als "Drittstaaten-Systeme" (d.h. als BRD-Atomwaffen) und forderte die Herausnahme aus den Genfer Verhandlungen. "Drittstaaten-Systeme" sind Atomwaffen, die weder den USA noch der UdSSR sondern eben "Dritten" gehören. Wer "Drittstaaten-Systeme" für sich fordert, sieht sich auf einer Stufe mit den Atomwaffenstaaten Frankreich und Großbritannien. Früher wurden solche Atomwaffenambitionen der BRD auch von den NATO-Verbündeten scharf zurückgewiesen und als Ausdruck deutscher Großmachtbestrebungen gebranntmarkt. Daß dies heute nur noch eingeschränkt der Fall ist – die These von "Drittstaaten-Systemen" bleibt unwidersprochen – macht die aktuelle nukleare Debatte so brisant.
Die Bereitschaft Frankreichs und Großbritanniens, bundesdeutschen Atomambitionen entgegen zu kommen, ist in den letzten Monaten enorm gestiegen. In Frankreich drängen mittlerweile alle großen Parteien darauf, der BRD eine gemeinsame nukleare Verantwortung anzubieten. Verschiedene Modelle einer bundesdeutschen Tellhabe an der "Force de Frappe" werden derzeit diskutiert. In Großbritannien fordern hochrangige Militärexterten eine Zusammenfassung der europäischen "nuklearen Ressourcen" und die Europäisierung der britischen und französischen Nuklearpotentiale, unter Einbeziehung der BRD natürlich. Die angesehen US-Zeitschrift "Foreign Policy" bezeichnete es als "Anomalie", daß die BRD eigene Atomwaffen immer noch nicht hat.
In diesem Zusammenhang, d.h. unter militärischem Vorzeichen, erhält der nach energiepolitischen Kriterien ganz irrationale kostspielige Ausbau der bundesdeutschen Plutoniumsindustrie in Wackersdorf, Hanau und Kalkar einen neuen zusätzlich bedrohlichen Sinn.
Die Forderung nach einem vollständigen grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht bringt die Ablehnung dieser neuen Entwicklungen und Gefahren auf den Punkt.
Wenn nun jemand öffentlich behauptet, die BRD strebe nach Atomwaffen, verweist die Bundesregierung regelmäßig auf den Atomverzicht von 1954 und den Atomwaffensperrvertrag, den die BRD 1969 unterschrieben hat. Aber weder der Atomverzicht von 1954 noch der Atomwaffensperrvertrag verhindern den möglichen Zugriff der BRD auf Atomwaffen. 1954 wurde ausschließlich auf die Produktion kompletter Atomwaffen auf dem Terretorium der BRD verzichtet. Nicht verzichtet wurde auf den Erwerb oder den Besitz von Atomwaffen oder deren Herstellung im Auftrag der BRD auf dem Gebiet eines anderen Staates. Verzichtet wurde auch nicht auf eine Atomwaffenforschung innerhalb der BRD.
Der Atomwaffensperrvertrag ist alles andere als wasserdicht:
- er erlaubt unter besonderen Bedingungen die Errichtung einer westeuropäischen Atomstreitmacht;
- im Unterschied zum Grundgesetz enthält dieser Vertrag eine Rücktrittsklausel sowie für die BRD eine Sonderbestimmung, wonach er im Kriegsfall unverzüglich außer Kraft gesetzt werden kann;
- dieser Vertrag verbietet keineswegs eine Atomwaffenforschung und die Bereitstellung aller materiellen Voraussetzungen für eigene Atomwaffen. Verboten ist ausschließlich Produktion und Besitz kompletter Atomsprengsätze.

Darüber hinaus läuft 1995 der Atomwaffensperrvertrag aus und ob er dann verlängert wird, ist offen.



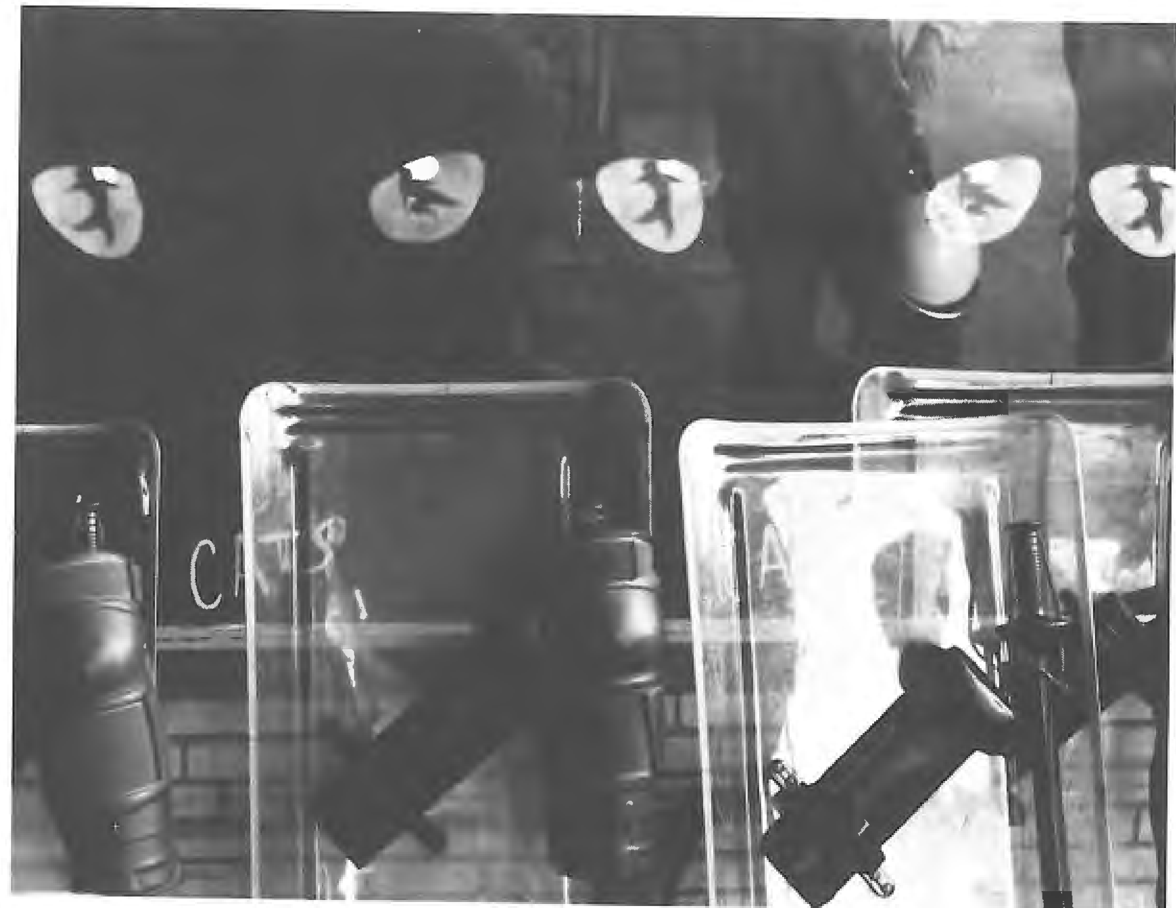


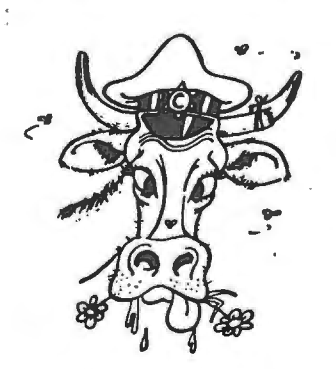
Atomwaffenverzicht wäre ein positives Signal!

Die Idee, einen "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" zu fordern, war ursprünglich in der Bundestagsfraktion der Grünen im Vorfeld der Debatte um die Pershing-IA entstanden. Nachdem die Grünen die Initiative für die Kampagne ergriffen haben, hat sich mittlerweile ein bundesweiter Trägerkreis gebildet, in dem alle Strömungen der Friedensbewegung vertreten sind.
Die Forderung "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" beinhaltet eine besondere Dynamik, die aus ihrer unmittelbaren Eingängigkeit und Klarheit resultiert. Wenn die Bundesrepublik ein Land ist, das auf eigen Atomwaffen verzichtet hat, warum soll dies dann nicht auch durch das Grundgesetz abgesichert werden? Dies wäre ein positives Vertrauen bildendes Signal. Die Herrschenden hätten einiges zu klären, würden sie diese Forderung einfach ablehnen. Im Falle der Realisierung würde ein Atomwaffenverzicht im Grundgesetz eine bedeutende Verstärkung der internationalen nuklearen Nicht-Weiterverbreitungspolitik sein, denn mit dem starken Export von Atomtechnologie hat die BRD viel dazu beigetragen, daß es heute viele "nukleare Schwellenländer" gibt.
Die zweite Besonderheit ist, daß die grundgesetzliche Atomwaffenverzichtsforderung nicht auf aktuelle Abrüstung reagiert, sondern eine langfristige wie tagespolitische Perspektive bietet, sich mit der bundesdeutschen Abschreckungs- und Atompolitik, den Hintergründen der Plutoniumwirtschaft und den westeuropäischen Optionen auseinanderzusetzen. Ähnlich wie die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß erstmals auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene Abschreckungspolitik diskutierte und in Frage stellte, hat diese Kampagne die Chance, das Tabuthema der bundesdeutschen atomaren Ambitionen in eine positive Richtung aufzubrechen.
Das dritte Element ist die Selbstbeschränkung, die sich die BRD mit einem Atomwaffenverzicht im Grundgesetz auferlegen würde. Diese Selbstbeschränkung verlangt für Deutsche etwas besonders untypisches: den freiwilligen Verzicht auf das Attribut einer Großmacht. Für unsere europäischen Nachbarn wäre dies ein positives Zeichen, daß zumindest auf diesem Gebiet die immer noch zu recht vorhandenen Befürchtungen vor deutschen Großmachtbestrebungen durch eine andere Außenpolitik ersetzt worden wären.

Wer Interesse an der Kampagne hat oder Material darüber haben möchte, der kann sich gern an mich wenden: Holger Kuhr, Tel.: 438910, Mitglied im Hamburger Arbeitskreis "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" und der GAL-Mitte.

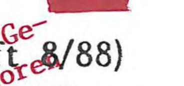
Auch in den letzten Wochen hielten der Widerstand und die Auseinandersetzungen gegen/um Flora unvermindert an. Allerdings haben sich inzwischen die Ebenen ein wenig verschoben.
Auf der einen Seite ist das Objekt unserer Begierde frei begehbar, da fast der ganze Zaun durch Abwesenheit glänzt und von daher auch keine geschützte Bautätigkeit stattfinden kann. Das wiederum gab Zeit und Raum, die Konzeptdiskussionen für das Flora-Gelände, Montblanc sowie die anderen Großprojekte im Viertel voranzutreiben bzw. abzuschließen.
Auf der anderen Seite verschoben sich die politischen Show-Ebenen, da der Senat bekanntlich die Entscheidungskompetenz an sich zog. Nach der Senatsentscheidung für das Kommerz-Musical-Projekt waren neben Willensbekundungen, das Projekt auch gegen Widerstand durchzusetzen, Scheingefechte innerhalb der SPD und Koalition sowie die Krise schlechthin bei den Hamburger Bullen angesagt.
Unserer Einschätzung nach bedeutet das Folgendes: Der Senat hat entschieden und wartet nun erstmal (solange noch kein Baubeginn ist) ab, was von uns aus passiert. Das heißt für uns, diese Ruhe zu durchbrechen und selbst in die Offensive zu gehen. Die Feiern zur 1.000 Cats-Vorstellung wurden leider abgesagt, aber es gibt ja noch andere Tage. Es gibt Cats-Vorstellungen, es gibt den bereits vorplanierten offenen Bauplatz, es gibt Kurz' Geburtstag am 25. Oktober, es gibt immer noch ein paar stehende Zaunteile, es gibt namentlich bekannte Investoren, es gibt namentlich bekannte beteiligte Baufirmen, es gibt eine namentlich bekannte Versicherung.





Einsatzleiter

Flora

Chronologie (Fortsetzung aus Heft 8/88)




Zugführer

12.9. Am Nachmittag verdichten sich Gerüchte, daß Kurz auf Druck der Investoren sein Kommerz Projekt zumindest auf dem Flora-Gelände fallen lassen muß. Am Abend feiern über 100 Leute vor der Flora bei Sekt & Feuerwerk.
13.9. Auf der Landespressekonferenz wird das Gerücht offiziell bestätigt, gleichzeitig der Ort des nächsten Versuchs bekanntgegeben: Gegenüber dem S-Bahnhof Holstenstraße. Für die Rest-Flora soll ein städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben werden: Keine Rote Flora (Stadtteilzentrum), sondern Wohnungen, Läden, Kneipen, Arztpraxen.

20.7. Neue Standorte werden ins Spiel gebracht ("Palais d'Amour", Möbelhaus Jörn), aber von Kurz vom Tisch gewischt.
22.7. Schlechte Sicht für die Bullen. Grund: Der Lichtmast auf dem Platz wird aus Kostengründen abmontiert; nun müssen nachts die Taschenlampen wieder rausgeholt werden.
26.7. Die SPD schickt den Alt-68er Nevermann zum Gespräch ins Viertel, der aber auch nur sagen kann, daß es Verträge gibt. Was soll dann so ein Gespräch?
28.7. Volxküche mit Bewegung. Kochtopf und auch die Esser sollen auf die andere Straßenseite, werden von genervten Bullen auch persönlich auf die andere Seite begleitet und begegnen dabei Menschen, die mit gefüllten Tellern allein wieder zurückgehen. "...und die Straße wird bei Grün überquert." (O-Ton Zugführer)
29.7. Verkehrschaosernstfallaktion der Anwohnerinitiative. Parkplatzsuche, Reifenpanne und eine querstehende Wanne legten den Verkehr für über zwei Stunden lahm. Verkehrsregelung findet durch Bullen in Kampfanzug mit Helm statt.
1.8. Einen Tag vor der Senatsentscheidung fordern die sog. kritischen Bullen, Flora nicht zu bauen.
2.8. Es war klar: der Senat beschließt den Bau des Kommerz-Musicals. "Nebenbei" kommt heraus, daß einige Gewerbetreibende im Schulterblatt und in der Max-Brauer-Allee geplanten Parkplätzen im Weg sind und weg sollen! Morgens noch protestiert die Gewerkschaft der Bullen gegen Dauereinsatz, abends sind sie wieder massiv im Viertel und drum herum wegen der Demo. Wieder über 1000 Menschen demonstrieren gegen die Senatsentscheidung. Zwischenkundgebungen in der Seilerstraße (Tanzschule von Kurz) und vor Cats, Abschlußkundgebung in der Hafenstraße.
4.8. Nächtliche Angriffe mit Glasbruch gegen beteiligte Banken.
5.8. Groß angekündigte Pressekonferenz von Kurz, aber wieder nur allgemeines Gelaber, nichts konkretes, also nichts Neues.
6.8. Großes Solidaritätsfest für anstehende Prozeßkosten und überhaupt im "Haus für Alle". Gleichzeitig rütteln wieder Menschen am Zaun im Schulterblatt. Später, als nur noch Wenige da waren, kann nicht verhindert werden, daß sechs Bullen eine Person aus dem "Golem" rausholen. Seit dem Abend haben die Bullen die Kneipe auf dem Zettel und nerven wg. Sperrstunde etc. rum.
9.8. Geplante NDR-Talkshow im Piccolo-Theater mit Kurz, Senatsvertreter und Vertretern des Flora-Plenums und der Anwohner-Ini wird ins Studio verlegt. Im Studio waren dann Kurz und Senatsvertreter allein mit dem "enttäuschten und entmutigten" Moderator. Vor der Flora stattdessen Pressekonferenz und Kundgebung mit ca. 300 Menschen. Danach wird der Bauzaun in der Juliusstraße auf ganzer Länge plattgemacht (er stand auch schon lange genug) und die Bullen guckten zu. In den Tagen darauf wird in der Presse versucht, den Widerstand in "gut" und "böse" zu spalten.
12.8. Schaukampf in der SPD. Die Landesvorsitzende Müller darf öffentlich Kritik äußern und bewirkt Streß in der SPD und der Koalition. Nebenbei: Lindenberg sagt jetzt auch "nein" zu Flora. Und: FünfMeter lange Eisenträger werden in der Juliusstraße für einen neuen Zaun in die Straße gerammt. Das wird Folgen haben!
14.8. Nachts wird wieder ein Teil des Zauns endgültig plattgemacht.
16.8. Bis auf die Banken haben alle Betriebe um's Flora herum sich mit den KollegInnen solidarisiert, die den Parkplätzen Platz machen sollen.
17.8. Krise bei den Hamburger Bullen. Als Folge der Überlastung sollen erstmal die Zugbegleitungen in U- und S-Bahn aufgegeben werden. Am Rande erklärt ein Senatsdirektor die Gewerbetreibenden, die weg sollen, zu "Nicht-Viertel-Bewohnern", also würde es ja doch stimmen, daß keiner aus dem Viertel vertrieben wird!
18.8. Gegen 22.00 h werden in der Julius- und Lippmannstraße Straßensperren errichtet und es wird der Teil des Bauzaunes an der rückwärtigen Seite des Geländes plattgemacht. Die Bullen gucken erst wieder zu, dann müssen sie, als alles vorbei ist, doch noch prügeln. Später wird die Schanze 41a mal wieder abgeriegelt und für eine halbe Stunde dürfen auch mal frustierte Bürger Steine in die Hofeinfahrt schmeißen; um den Unterschied klarzumachen, schießt ein Bulle noch CN-Gas hinterher.
20.8. Frühstück in der Flora-Ruine. Massiv fahren genervte Bullen auf und drohen mit gewaltsamer Räumung. Doch das Frühstück wird erstmal so abgebrochen.
21.8. Ein Hamburger Bulle tritt wegen Flora aus der SPD aus. Begründung: "Wieder einmal verbeugt sich der Senat vor dem Kapital!" Lauft über, können wir da nur sagen.
23.8. Am Abend der Auftritt einer Kanalreinigungsfirma: Es wird festgestellt, daß die neuen Eisenträger in der Juliusstraße allesamt Volltreffer waren; jeder einzelne Träger traf genau ein in zwei Meter Tiefe verlaufendes Abwasserrohr! Straße aufreißen ist angesagt, und das dauert! Vielen Dank an die Firma G+K in Pinneberg für diesen solidarischen Akt. Vielleicht die Bullenwache Stresemannstraße auch untersucht werden, schließlich war G+K auch dort beim Bau aktiv.

24.8. Bombemalarm an der Flora. Das Schulterblatt wird gesperrt und dann wird die Attrappe entschärft. Und auch erster Flora-Prozeß. Gegen eine der am 21.4. von Bullen zusammengeprügelten Personen wird in einem sog. beschleunigten Verfahren wegen Sachbeschädigung eines Bullenhemdes durch ihr eigenes Blut verhandelt. Im Beisein von ca. 40 Leuten wird der Prozeß zu einer Kabarettveranstaltung. Die Verhandlung wird abgebrochen, weil die angekündigten Beweisanträge den Rahmen eines beschleunigten Verfahrens sprenge.
25.8. v.Münch entgeht in St. Pauli nur knapp einem Farbbeutel, weil sich sich eine Kulturreferentin "schützend vor ihren Chef" stellt. Kurz hält sich nicht mehr in Hamburg auf, da er um seine Sicherheit fürchtet ("Aspekte"/ZDF mußte ihn deshalb auch auf dem Londoner Flughafen interviewen).
27.8. Die Kreuzung Schulterblatt/Max-Brauer-Allee wird dichtgemacht. "Als Zentralorgan der autonomen Region freies Schanzenviertel hat der erste Hönkelsowjet auf deutschem Boden die Grenzen für viertelfremden Verkehr geschlossen." Die Bullen räumen ab, nehmen drei Menschen brutal fest und vergreifen sich auch noch an einer Fotografin.
30.8. Kundgebung an der Flora des Vereins "Freiheit Und So Weiter". Das Konzept des Vereins wird vorgestellt und es folgen Beiträge zum beginnenden Widerstand gegen Umstrukturierung in Ottensen und zur geplanten Räumung der Hafenstraße. Die Abschlußdemonstration geht zur Hafenstraße.
3.9. Der zuletztgenannte Premierentermin für "Phantom of the opera" wird wieder verschoben, jetzt auf Frühherbst 1989.
7.9. mDie Feier für die 1000. Cats-Vorstellung am 11.9. fällt aus. Angst vor Krawallen der Flora-Gegner ist der Grund. Gleichzeitig werden diverse Gefäße mit Buttersäure im Operetttenhaus sichergestellt.

KEEP ON FIGHTING!

Freiheit und so weiter e.V.



Der Verein "Freiheit und so weiter" trifft sich jeden Donnerstag um 17.00 h im Ölkerscafe.

Am 30. August stellte sich vor der Flora ein neugegründeter Verein vor: "Freiheit und so weiter - Verein zur Verwaltung kollektiv genutzter Freiräume". Wir dokumentieren den Redebeitrag:

INITIATIVEN, GRUPPEN UND VEREINE AUS DEM BEREICH DES SCHANZENVIERTELS HABEN SICH IN DEM VEREIEN "FREIHEIT UND SO WEITER - VEREIN ZUR VERWALTUNG KOLLEKTIV GENUTZTER FREIRÄUME" ZUSAMMENGEFUNDEN, UM

1. **DEN WIDERSTAND GEGEN DIE VERTREIBUNGS-SANIERUNG UNSERES VIERTELS DURCH GROß-PROJEKTE ZU UNTERSTÜTZEN UND**
2. **IHREN FORDERUNGEN NACH RÄUMEN, DIE VON INITIATIVEN ODER FÜR EIN STADTTEILZENTRUM GENUTZT WERDEN, NACHDRUCK ZU VERLEIHEN.**

In Zusammenhang mit der Raumsuche hat die Flora-Konzeption Vorrang. Um gegen die Umstrukturierung des Schanzenviertels vorzugehen, reicht es nicht aus, Räume zu fordern.
Für die "Flora" und das demnächst zur Verfügung stehende Montblanc-Gebäude liegen sinnvolle Nutzungskonzepte vor. Der Begriff Stadtteilzentrum ist dabei möglichst weit zu fassen. Die Gruppen, die die "Flora" und das "Montblanc" übernehmen wollen, werden die Gebäude in Selbstverwaltung betreiben, d.h.: man ist offen für neue Interessenten und bezieht sich nicht nur auf letztgenannte Gebäude sondern auch auf die Rinderschlachthalle, Laue, Wasserturm etc. Der öffentliche Aspekt der Montblanc-Konzeption wird demnach angereichert durch kleine Produktionsstättenm, die autonom in dem Gebäude arbeiten und z.T. leben werden.



Reinhold, der die wahnsinnige Autokontrolle am 2.8. am Schulterblatt auslöste

Kleingewerbe kann nur dort entstehen, wo die Mieten im Rahmen des Möglichen sind. Das Beispiel Ottensen zeigt heute bereits, daß die angestrebte Medienmetropole die Preise in die Höhe treibt. Teure Restaurants locken ein ambiente-interessiertes Publikum heran. Für sogenannte Medienleute, denen das Umfeld gefällt, sieht die innerstädtische Belebung ein ihrem Anspruch entsprechendes Wohngebiet mit Luxusniveau vor. Die Folge: nicht nur die Gewerbemieten, auch die Wohnungsmieten werden unbezahlbar. Alteingesessene wie sozial Schwache werden vertrieben. Wie schnell ein gewachsenes Viertel umkippen kann, zeigen zahlreiche Beispiele (z.B. Großneumarkt). Die Veränderung verläuft scheibchenweise. Wenn Dohnanyi bei seinem Rücktritt erklärt, Politik könne nur noch zu 10% bestimmen, was läuft, so ist das "Kurz-und-Schlecht"-Floraprojekt das beste Beispiel. Blind und ohne kommunalpolitischen Durchblick wurde nach dem Hurra-Prinzip verfahren. Wenn die SPD-Landesvorsitzende Müller nur den Standort in Frage stellt, so sind dies nur Scheingefechte, um den Bürgern zu suggerieren, daß sogar die SPD sich Gedanken macht um "Flora" und die absehbaren Folgen. Wir meinen, daß mit "Cats" der Bedarf an dilettantischer Musicalkunst erfüllt ist. Es ist kein Bewis für die Qualität von "Cats", daß dort 1 Million Zuschauer ihr Eintrittsgeld ließen - wir kennen ja auch die alltägliche Abstimmung am Kiosk für ein bestimmtes Massenblatt. Abgesehen davon liefert das Fernsehen mittlerweile ausreichend anspruchslose Massenunterhaltung. Aus der "Schwarzwaldklinik" will Kurz noch kein Musicalzentrum machen. Wir werden uns auch nicht den Kopf zerbrechen, an welchem Ort der Welt Herr Kurz seine zweifelhafte "Hochkultur" verkufen will.
Wir fordern die "Flora" für uns. Wir legen brauchbare Konzepte für die "Flora" und das "Montblanc" vor. Nächste Objekte der Begierde raffgieriger Spekulanten sind die Rinderschlachthalle und die Laue-Gebäude. Für die Rinderschlachthalle gibt es fünf Interessenten, eine Senatsdrucksache wird

Aus einem Vertraulichen Papier von Kurz für mögliche Flora-Investoren vom Januar dieses Jahres: Das Schanzenviertel wird als "aufstrebendes Gebiet" bezeichnet, das in die "Sanierungsprogramme der Stadt einbezogen" ist. Weiter heißt es, daß das "Flora-Theater andere Unternehmungen anziehen soll" und "einen positiven Einfluß auf die Grundstückspreise in diesem Gebiet" habe.

FLORA THEATER

4.2 Suitability (continued)

The theatre was well known as a cinema until the early 1960's; it was changed later into a shop for household supplies. It is situated in an upcoming area of small industry, workshops and apartments which the City of Hamburg is including in its city reconstruction programme.

The site is located within minutes of the centre of the town and is well served by public transport, i.e. underground, buses and trains.

The historical background of the old Flora Theater serves as an appropriate setting for staging 'The Phantom of the Opera' as its first production.

It is hoped that the successful reopening of the Flora Theater, with its restaurant and bar, will attract other commercial ventures into the area and will have a favourable impact on property values in this part of the City.

The following seating capacity and ticket price structure has been used to ascertain gross box office receipts, upon which theatre rents are based:

Number of seats	Price A	Price B
1,000	DM 80	DM 120
500	DM 60	DM 90
500	DM 40	DM 70
2,000		

Price A will apply to midweek performances on Tuesday, Wednesday and Thursday.

Price B will apply to weekend performances on Friday, Saturday and Sunday including matinees on both Saturday and Sunday.

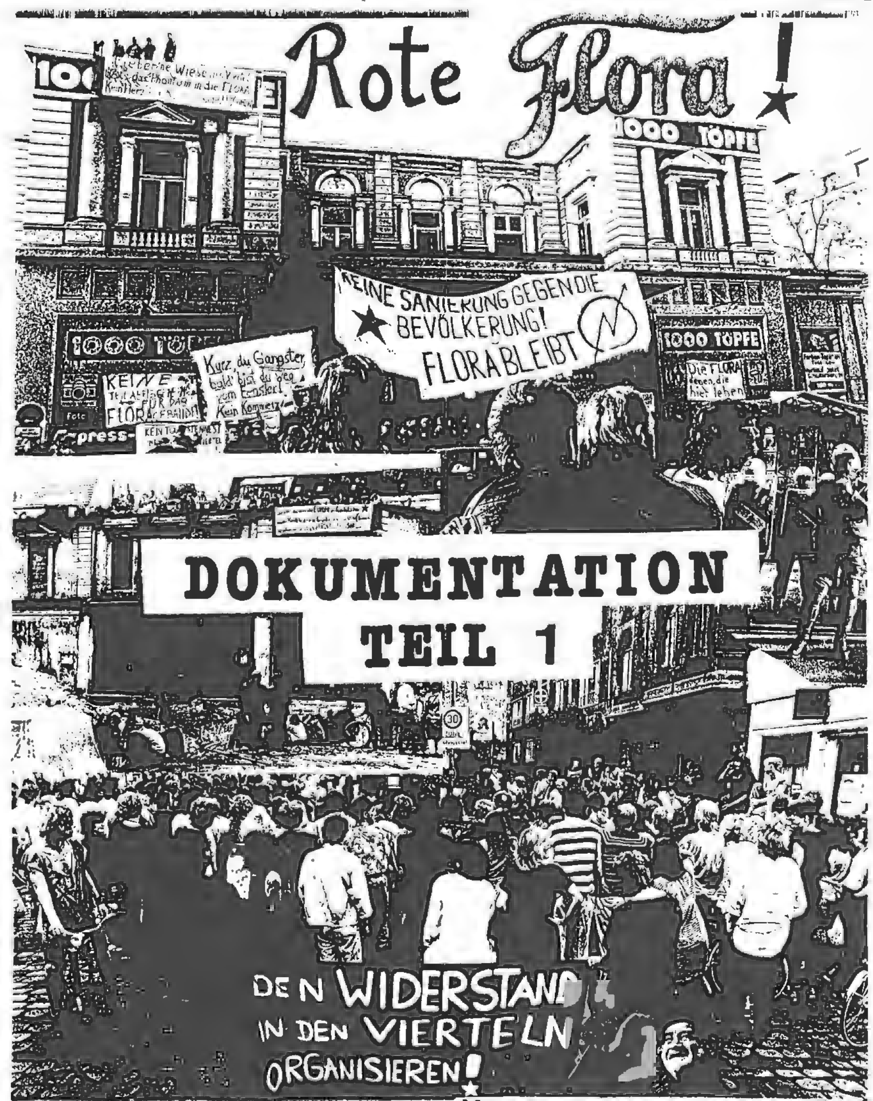
Auch die Preise standen im Januar schon fest: Am Wochenende bis zu 120 DM!

vorbereitet. Dabei ist auch der "alternative" Geschäftemacher Peter Jorzick, der in Ottensen mit dem Medienhaus die Umstrukturierung vorantrieb. Er gilt auch mit seinem Konzept für "Montblanc" als einziger "Macher", der angeblich von der "Szene" akzeptiert wird. In der Öffentlichkeit wird der Eindruck erweckt, nur Jorzick sei in der Lage, ein so großes Gebäude zu verticken. Fakt ist, daß in der Jorzick-Konzeption eine Computer-Firma alleine 2.500 qm für sich beansprucht.
In der Rinderschlachthalle will Jorzick einen "Öko-Markt" einrichten.
In der Laue-Gewürzfabrik soll ein Riesensupermarkt entstehen - 20.000 qm Verkaufsfläche. Die Konkurrenz für die kleinen Läden im Schanzenviertel wird übergroß werden und Existenzen vernichten.

Der Wasserturm wird ebenfalls heftig umworben. Ob dort nun ein High-Tech-Centre oder ein Vergnügungstower entsteht ist letztendlich unerheblich.
Durch die Spekulation um die freiwerdenden und neuen Gebäude wird die Investitionsbereitschaft auswärtiger Geldgeber zunehmend angeheizt - siehe das Beispiel der Music-Hall mit 4.500 Plätzen auf dem Gelände der Rinderschlachthalle.
Mit Gewalt wird ein gewachsenes Viertel unter Druck gesetzt - Kurz, der in seinem Größenwahn die ganze Hansestadt zur Amüsierzentrale umdrehen will, ist mit seinem "Flora"-Projekt nur der Anfang. Die Zusage des Senats vom 2.8.88 für ein "Stadtteilzentrum" läßt sich in diesem Zusammenhang als ein Befriedungshäppchen verstehen, daß überdies höchst umstritten ist (Bausenator Wagner: "Ich bin dagegen.").
Gegen diese Befriedungsstrategien wehren wir uns aufs Schärfste. Tatsache ist, daß wir dringend Räume benötigen - nicht nur wir, sondern auch das Kleingewerbe, das jetzt bereits hinaussaniert wird.
Der Widerstand gegen die Vertreibungssanierung ist unteilbar. "Freiheit und so weiter" unterstützt diesen Widerstand und fordert auf, sich dieser Standortpolitik zu widersetzen - mit Ideen und Phantasie die Wunsch(t)räume zu besetzen und in die Wirklichkeit umzusetzen.
Primäre Forderung bleibt: Keine Umstrukturierung und Vertreibung aus dem Hafen, dem Schanzenviertzel, Ottensen und anderswo. "Flora für alle" ist die Devise, d.h. selbstverwaltete Stadtteilzentren, keine fremdem Investoren, kein Kommerz ins Viertel und natürlich keine Räumung der Hafenstraße.

Hamburg 30.8.88





Kurzflora, Umstrukturierung u. Yuppieprojekte verhindern!
Stadtteilzentrum Rote Flora durchsetzen!
Den Häusergruppen die Häuser - Hafen u. Schanze bleiben!
Die Viertel denen, die dort wohnen!

Neu DM 7,-

große Freiheit

Die Große Freiheit baut. Wir bauen keine Wolkenkratzer, wir bauen Luftschlösser. Ab sofort beginnen wir mit den Dacharbeiten, um das Haus unserer Träume instandzusetzen und dort mit 18 Menschen zu leben.
Gestern am 8.9.88 sollte unser schon ausgehandelter Erbpachtvertrag von edlen Parlamentären der Komission für Bodenordnung abgesegnet werden, gemäß Beschluß von Baubehörde (Amt für Stadterneuerung), Denkmalschutzamt und Finanzbehörde (Liegenschaft).
Die Planungsgelder sind verplant, der Bauantrag genehmigt, die Finanzierung wird vom ASE zu 85% getragen, die restlichen 15% der Bausumme erarbeiten wir. 135.000 DM Kredit haben wir aufgenommen, den wir seit 2 Monaten abbezahlen.
Jedoch: In obiger Komission sitzt ein Herr Töpfer. Dieser Christdemokrat sägt stellvertretend für seine Unternehmerfraktion unser Projekt eiskalt ab. Abgestellt für formaljuristische Fragen bezüglich des Kaufpreises hat dieser Herr jedoch größeres vor: Einmal im Leben ein Wohnprojekt verhindern. Mit seinem Veto zum Verkauf fordert er eine grundsätzliche Diskussion der Bürgerschaft über die Verträglichkeit von alternativen Wohnprojekten.
Zweimal schon hielt die Bürgerschaft uns für verträglich und beschloß, die Große Freiheit 73/75 an uns als Wohnprojekt zu geben. Selbst Bausenator Wagner stimmte zu. Die CDU baut jetzt offensichtlich auf aufRECHTE Sozialdemokraten , die im Zuge der Standortpolitik das alternative Sanierungskonzept über die Klinge springen lassen. Nach Jägerpassage, Pinnasberg, Heidritterstraße, Silbersackstraße, Bergiusstraße, Grasweg ... soll nun das letzte Projekt fallen. Der Unternehmerverband träumt schon von Freiflächen in Elbnähe. Wir fordern die Bürgerschaft und den Senat auf, seine gefaßten Beschlüsse in die Tat umzusetzen und den Erbpachtvertrag gegenzuzeichnen.



Umweltskandal am Baui

Bauspielplatz im Schanzenviertel noch immer dicht / Ausflüge als Ersatz / Wiedereröffnungstermin noch ungewiß

Nachdem die Umgestaltung des Geländes mehrmals verschoben wurde, rückten Mitte Mai die Baumaschinen an.
Zum gleichen Zeitpunkt wurden auf dem Gelände des ehemaligen Taxiunternehmens, das wir als "Trostpflaster" für die Verkleinerung und Teilung unseres Platzes bekommen sollten, Öl und giftige Schwermetalle gefunden.
Daraufhin rückten auch bei uns die Baumschinen wieder ab und es wurden auch hier nochmal Bodenproben genommen. Mittlerweile wurde festgestellt, daß hier ebenfalls an einigen Stellen Öl und Blei im Boden sind! Auch hier muß der Boden ausgetauscht werden! Solange dies nicht geschehen ist, können wir das Gelände nicht nutzen.
Zur genaueren Eingrenzung der verseuchten Stellen mußten immer wieder Proben gezogen werden. Die Analysen dauern jedesmal mehrere Wochen. Erst wenn klar ist, wieviel Bodenfläche verseucht ist, kann der Bodentausch geplant und durchgeführt werden.
Das Bezirksamt Eimsbüttel hat eine "unbürokratische" Lösung (Finanzierung) versprochen. Wir sind gespannt, wie die dann aussieht!
Bis zur endgültigen "Reinigung" bleibt das Spielplatzgelände geschlossen; inzwischen vergeht der Sommer...

Und wo bleiben jetzt die Kinder?

Wir machen in der Zwischenzeit viele Ausflüge, Aktionen und Reisen (Infos in unserem Schaukasten, bei uns im Haus oder per Telefon). – Aber das kann kein Ersatz für den Bauspielplatz sein, wo die Kinder sich treffen, Hütten bauen, Feuer machen, toben und spielen können.
Sie sitzen wieder mal auf der Straße!!!!!
Deshalb wollen wir, daß die zuständigen Behörden alles tun, damit wir bald wieder den Platz öffnen können und das neue Haus einweihen können, und zwar dalli, dalli!!!



Das Öl- und Bleiverseuchte Gelände

Bauspielplatz im Schanzenviertel
Bartelsstr. 67, Tel.: 439 13 49 ■

Lederladen geht

DIE WILDSCHWEINE VERLASSEN DAS VIERTEL – DER LEDERLADEN ZIEHT UM

Nach mehreren Anläufen scheint es jetzt soweit zu sein, daß wir gegen Ende September unsere neue Werkstatt in der Bergiusstraße beziehen können. In der alten Papierfabrik Lammers, die ein "Verein von Menschen" gekauft hat und renoviert, haben wir dann mehr Platz für weniger Miete.
Gaaaaanz nach Ottensen, also "weit weg" von allen Freunden und Bekannten, die seit immerhin sieben -7- Jahren "mal eben" in den Laden in der Susannenstraße "reingeguckt" haben: zum klönen, Eis bringen, Kaffee trinken, frühstücken. "Sekt saufen" oder nur zum "kurz mal dasein".
Sieben Jahre sind eine lange Zeit und der Lederladen hat somit viele andere Einrichtungen im Schanzenviertel überdauert – vielleicht gerade und weil er immer viel mehr war als ein Laden sonst ist: hier sind Kinder gewickelt und Fahrräder repariert, Hunde und Menschen verarztet, Einkaufstüten untergestellt worden,...
– eine ganze Masse an Kommunikation und "voneinander mitkriegen" lief über den Laden und er war wohl – zumindest für uns – auch immer ein Stück Zuhause, Dreh- und Angelpunkt...
...vor der Ladentür in der Sonne (oder im Regen) stehen, die Straße rauf und runter gucken und immerzu läuft jemand vorbei, mit dem man ein Schwätzchen halten kann – das wird uns ganz schön fehlen. Wir gehen mit dicken Wildschweintränen hier weg!!!
Gleichzeitig wollen wir hier ein anscheinend kursierendes Gerücht sofort bremsen, das da sagt, wir gingen "wegen FLORA". Wer uns kennt, weiß, daß wir deshalb gerne bleiben würden!
Wir möchten uns beim Schanzenviertel, bei Freunden und Kunden, bedanken und hoffen, daß alle weiterhin (oder neu) uns auch in der Bergiusstraße besuchen und viel Eis, Kuchen und ruhig auch Arbeit bringen.

Die Viertel denen, die drin wohnen!

Keine "Befruchtung" zwischen Yuppies und uns – in Ottensen und nirgendwo!

Am 3. Oktober "Einweihungsschweinerei" für alle, die mögen!!!

NEUE ADRESSE AB 1.10.: Bergiusstraße 12
2000 Hamburg 50
Tel.: 39 67 79
Di-Fr 14-18.30 h ■

Abt. Trainiert für Olympia

1. Hönkelspiele

Die Vorentscheidungen für die Autonome Region Schanze (ARS) zu den ersten überregionalen Hönkelspielen vom 13.-18.11.88 auf dem Hamburger Rathausmarkt finden heute unter starker Beteiligung der Unterregionen statt.
Wir grüßen die frente revolucionaria de la liberacion del borrio Schanze deportista (FRLBSd nicht zu verwechseln mit FRLBSm *), die GenossInnen im Kanal, Koma41a, den (nichtvorhandenen) Betriebsrat der Laue-Werke, unsere GenossInnen im Kampf um die Gipfelerstürmung des MONTBLANC, die Flugratten St.Pauli, die frecce tricolori und die AKF (Anti-Kurz Front).
Sie werden sich in folgenden Disziplinen messen: Alle gegen Alle, Mehlbeutelweitwurf, "Wer trifft den Cop als erstes mit dem Ei", Farbwasserpistolen schießen auf den Distanzen 15 inch und 5 Badewannen sowie 1-Liter Mineralalkohol störtebekern. Die Überlebenden dieser Vorausscheidungen ziehen in die "Arena del Flora" ein. Als Gäste haben sich angekündigt: die eisensteinschen VolxküchenfreundInnen des FC St.Ottensen, die Anwohnerinitiative des Tropeninstitutes St.Pauli, die Knochenbrecher aus dem UKEppendorf, die Vereinigung deutscher Polizeipsychologen und -pfarrer e.V., Henning Vorscherau und seine Feldhockeymannschaft "Die legen wir auf Eis", und als Beobachter die FDJ.

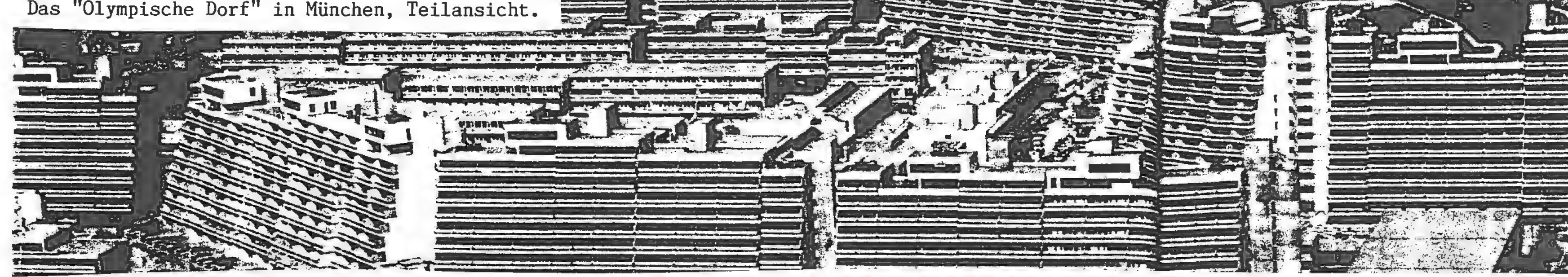
Die Spiele finden in folgender Kleidung statt: sog. "Motorrad- oder Skihauben" zum Selbsthaarschutz, alte Kleidung oder nackt, Vorschrift sind Hönkelsocken. Erlaubt ist alles, was nicht tötet aber dreckig macht. Für die musikalische Begleitung danken wir dem Chor der RW16 (lalülala) und dem 3. Blech und Blasorchester der ARS. Sollten wir von irgendeiner feindlichen Macht angegriffen werden, nehmen wir das Spiel "Hau den Lukas" (wir grüßen Lukas B. einen Genossen von der kritischen Polizei) und das Rodeo (Bullenreiten) in unser Programm auf.



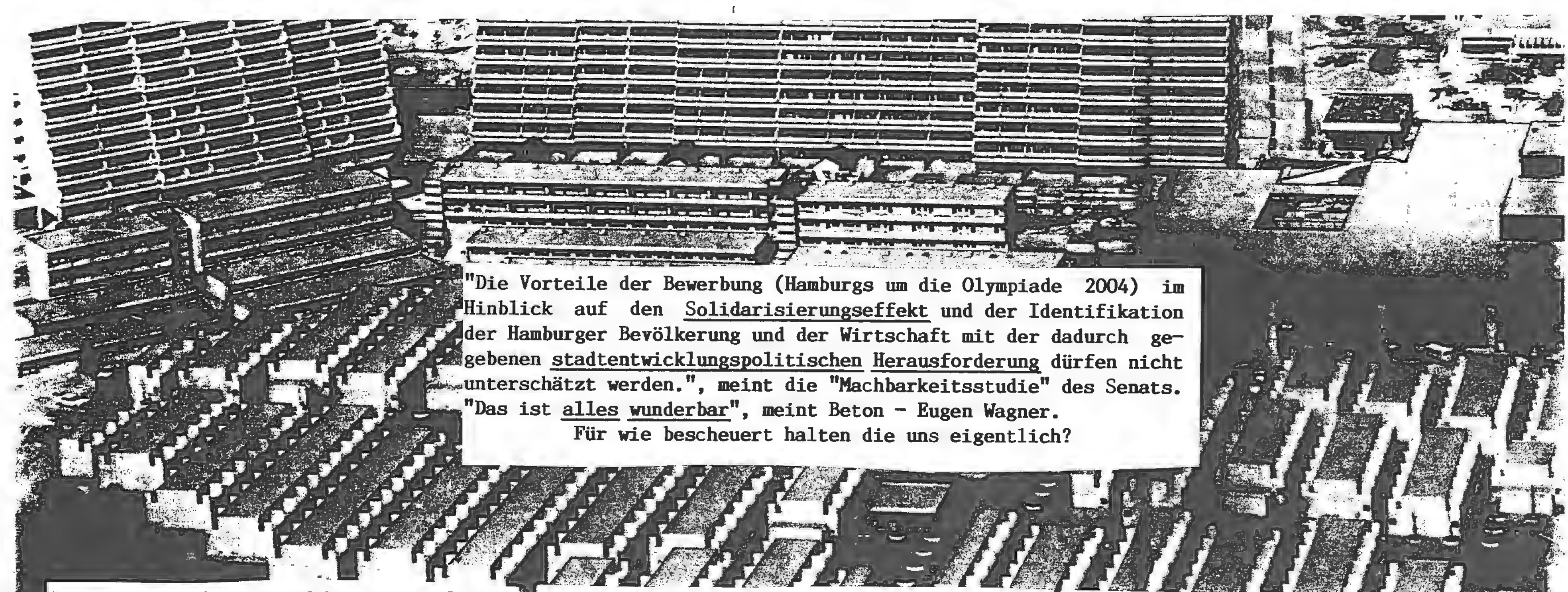
Sonst noch Fragen ?
Der Spielleiter K.v.D. gesponsort von der Texaco Deutschland, die auch die Verantwortung i.S.d.P. übernimmt. Für weitere Auskünfte steht Ihnen gerne zur Verfügung: Volker Sonntag unter Tel. 2838154 bis zum 13. 11. gez.
DER 1. Hönkelsowjet

*FRLBSd Revolutionäre Befreiungsfront des Schanzenviertels (sportlich)
FRLBSm desgleichen (militärisch) ■

Das "Olympische Dorf" in München, Teilansicht.



Trainieren für Olympia!



"Die Vorteile der Bewerbung (Hamburgs um die Olympiade 2004) im Hinblick auf den Solidarisierungseffekt und der Identifikation der Hamburger Bevölkerung und der Wirtschaft mit der dadurch gegebenen stadtentwicklungspolitischen Herausforderung dürfen nicht unterschätzt werden.", meint die "Machbarkeitsstudie" des Senats. "Das ist alles wunderbar", meint Beton - Eugen Wagner.

Für wie bescheuert halten die uns eigentlich?

Olympiaden haben ungefähr so viel mit Sport und Spiel zu tun, wie Faschoüberfälle mit Fußball. Die "Olympische Spiele GmbH" ist ein gigantisches Wirtschaftsunternehmen (Investitionsvolumen: 3,79 Mrd DM, von den Kapitalisten erhoffte Einnahmen: 4,05 Mrd DM), seine Branche: Billige, aufgemotzte Unterhaltung, Fernsehproduktionen, Tourismus. Kennen wir alles.

Oberstes Ziel der Senatspolitik ist die Ansiedlung moderner, "zukunftsträchtiger" Wirtschaftsunternehmen - unter einigen anderen auch solche, die mit "Kultur" ihre Geschäfte machen: Kommerzkultur und Unterhaltungsindustrie, Gehirnwäsche- und Verdummungsindustrie. Kennen wir alles.

Sport ist Kultur, Körperkultur: Vom Volleyball im Schanzenpark bis zum Fußball am Millerntor. Theater ist Kultur, vom freien Theater auf Kampnagel bis zum "bürgerliche(re)n" Theater im Thalia.

Mit beidem haben weder Stella - Musicals noch Olympiaden das geringste zu tun: Sie enteignen uns unsere Kultur, drehen Lebensfreude und Kreativität um und machen daraus die HIGH - TECHnokratischen Todessymbole der Fabrikgesellschaft.

Dabei sind die einzelnen Projekte - vom Kurzschen Flora bis zur Olympiade GmbH - nur Vehikel für eine Umstrukturierung, die schon gut 15 Jahre anläuft: Das Kapital läßt einige Industrien fallen (die Arbeiter haben ihre Schuldigkeit getan und können sehen, wo sie bleiben), und es setzt dafür andere, die "neuen", mit den wenigen und "hochqualifizierten" Arbeitsplätzen an deren Stelle. Der Staat, der bewaffnete Arm des Kapitals, verwaltet und beschönigt die entstehende Armut und sorgt für ein "gutes Investitionsklima": Und dazu gehören heutzutage neben fetten Subventionen undsoweiter vor allem auch die "weichen Standortfaktoren" - das weltoffene Image, die attraktiv sanierten Wohnungen, die yuppie - Kultur.

Hamburg - die Medienstadt (Ottensen läßt grüßen). Hamburg - die Musicalstadt. Hamburg - die Olympiastadt: Fun, Fun, Fun City, unsere Spiel - Spaß - und Sportstadt, die Metropole der oberen zwei Drittel zockt durch.

Wir werden in der nächsten Zeit die Pläne genau studieren müssen, und wir werden sehen: Für unsere Viertel ist kein Platz mehr vorgesehen. Beispiel: Der Hafenrand soll zur "olympischen Flaniermeile" werden - könnte dem nicht etwas im Weg sein?

Die schreckliche Neuigkeit, die die Olympiapläne bedeuten, ist, daß die Schweine für ihre alten Sanierungspläne jetzt das olympische Wir - Gefühl der Sportfans mobilisieren werden - "Identifikation der Hamburger Bevölkerung und der Wirtschaft mit der (...) stadtentwicklungspolitischen Herausforderung", wie das die "Machbarkeitsstudie" nennt. Sollte es zu dieser "Identifikation" durch den Kommerzsport kommen, gibt spätestens das der ganzen Geschichte einen faschistoiden Zug: Senat und Wirtschaftsführer heizen in der Bevölkerung den sportlichen Ehrgeiz an und bauen Hamburg zur Olympiastadt um, um sich erfolgreich bewerben zu können - wir werden noch ganz andere Straßenschlachten als die gewohnten erleben.

Wir werden in der nächsten Zeit nach Barcelona sehen müssen, wie dort ganze Stadtteile plattgemacht wurden; wir werden in Seoul vorgeführt bekommen, was das heißt: Olympische Spiele "austragen".

Auch wir werden für die Olympiade trainieren müssen: Widerstandszehnkampf, auf daß sie sich am olympischen Feuer die Finger verbrennen. Der Kampf um die Flora ist nur eine Vorrunde.



Die Vision der Hansestadt als Sport-, Spiel- und Spaßzentrum, Wirtschaftserfolg inklusive

abb: gutachten

UMSTRUKTURIERUNG

ACKERLAND IN SPEKULANTENHAND

Dieses Kapitel beginnt mit Versen eines polnischen Dichters - Monopolrenten und Differentialrenten - Die Herren Bieber und Stammann spekulieren im Schanzenviertel

Jetzt aber führe auf der Sehnsucht Flügeln
Im Geiste mich zu jenen Wiesen hin,
Zu jenen grünen, waldbekränzten Hügeln,
Wo glücklich ich als Kind gewesen bin.

Und zu den vielen farb`gen Ackerstreifen,
Breit hingebettet an des Flusses Strand,
Wo goldgelb schwere Weizenähren reifen
Und silbergrau der Roggen blüht am Rand

Und Mohn, so rot wie einer Jungfrau Wangen,
Buchweizenblüten, schimmernd weiß wie Schnee
Des Senfes breite Büsche aber prangen
Wie Bernstein leuchtend,in dem dunklen Klee

Und all die Farbenpracht, die hält umschlungen
Der Grenzrain wie ein dunkelgrünes Band,
Auf dem, zum Früchtetragen nie gezwungen,
Nur hie und da ein stiller Birnbaum stand.

Die Idylle täuscht. Der Boden, aus dem es so sprießt und gedeiht, ist nichts anderes als ein landwirtschaftlich genutztes Stückchen Land, sprich: Acker, dessen Wert sich zusammensetzt aus
- dem Kauf- bzw. Pachtpreis, der für ihn aufgebracht werden muß und
- den Kosten, die in Form von Maschinen, Saatgut und menschlicher Arbeit hineingesteckt werden müssen, um ein wirtschaftliches Ergebnis zu erzielen.

Jener Acker ist also nichts anderes als eine besondere Form von Kapital.

Und was dem Bauern recht ist, ist dem Städter schon lange billig!
Das heißt, daß jeder nicht brach liegende Boden in jedem Erwerbsbereich, sei es Akkerland oder Bauland, eine Form von Kapital darstellt; Kapital, das akkumulieren, sich vermehren soll, da es sich in Privatbesitz befindet.
Der Kapitalwert des Bodens wird von zwei Faktoren entscheidend bestimmt:
Erstens, daß der Boden nicht vermehrbar ist, d.h., sein Eigentümer besitzt ein Monopol über seine Verwertung;
Zweitens, daß die Nutzung des Bodens von seiner Qualität abhängt, d.h., daß das zum Bebauen vorgesehene Land von seiner Güte und von seiner Lage abhängt.

Der steigende Bedarf an Bauboden ...

Die gesamte Epoche der industriellen Entwicklung war und ist seit über 15o Jahren durch einen ständig steigenden Bedarf an bebaubarem Boden gekennzeichnet. Das trifft für die Errichtung von Fabrikgebäuden zu, das gilt ebenso für den Bau von Wohnungen, die für die Menschen bestimmt sind, die in den Fabriken arbeiten sollen. Boden steht aber nur einmalig, also nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. Folglich steigen bei beständiger Nachfrage nach ihm auch die Preise für Bauland.
Durch die begrenzte Verfügbarkeit an Boden entsteht bei seinen Eigentümern das Bestreben, ihn so intensiv wie möglich zu nutzen. Das betrifft den Umfang der Fläche, d.h. die Dichte, in der der Boden bebaut werden soll; das wirkt sich aus in der Höhe der Bebauung, da nur so die Nutzfläche vergrößert werden kann - sofern sich der Boden in seiner natürlichen Zusammensetzung (seiner Güte) dazu eignet.
Die ständige Ausweitung des Baulandes, sei es für Produktions-, sei es für Wohnanlagen, zieht wiederum eine Differenzierung des Baulandes nach seiner Lage nach sich, die - je nach Nutzungsabsicht - von Wert oder von weniger Wert sein kann: Der Verkehrswert des Bodens ist also variabel.
Der Boden selbst ist unproduktiv - er schafft keine eigenen Werte. Sein Kapitalwert dagegen bestimmt sich aus der Nachfrage nach Bauland und aus seinem Verkehrswert - ohne daß von seinem Eigentümer ein nennenswerter Arbeitsaufwand aufgebracht zu werden braucht: **Bodeneigentümer erzielen also ein arbeitsloses Einkommen durch Verkauf, Verpachtung usw. ihres Bodens; ihr Einkommen ist parasitär.**

...führt zu ständig steigenden Bodenpreisen.

Die gesamte Epoche der industriellen Entwicklung war und ist seit über 15o Jahren durch ständig steigende Bodenpreise für bebaubaren Boden gekennzeichnet.

Hat der Bodeneigentümer sein Ziel erreicht und sein Kapital in Form des Baulandes akkumuliert, d.h. gewinnbringend verkauft oder verpachtet, ergibt sich für den neuen Eigentümer oder Nutzer die Notwendigkeit, das Geld, das er für das Bauland bezahlt hat, irgendwie wieder zurückzubekommen. Das geschieht auf dem Wege der Preisüberwälzung:
-Der Fabrikant, der auf dem Boden einen Gewerbebetrieb errichtet, wird die Bodenkosten auf die Preise der Waren aufschlagen, die er produzieren läßt.
-Der Bauherr eines Wohnhauses wird die Bodenkosten über Mieten wieder hereinbekommen.
Die Warenkonsumenten und die Mieter von - Wohnraum sind also die Menschen, die die Bodenpreise bezahlen, jeden Bodenpreis! Sie arbeiten, um einen nicht geringen Teil ihres Einkommens, für Wohnungsmieten heute über 3o% davon, denen zu übertragen, die Eigentümer jenes Bodens sind, auf dem wir arbeiten und leben.

Bodenspekulation im Schanzenviertel

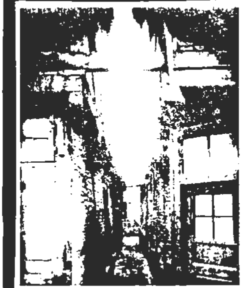
Wie sieht so etwas konkret aus?
Mit dem oben aufgezeigten Grundverständnis von der wundersamen Vermehrung des Geldes gingen z.B. im Jahre 1842 zwei Grundstücksspekulanten in die Hamburger Öffentlichkeit. Es waren dies die Herren Architekten C.J.Bieber und F.G.Stammann. Als Grundeigentümer eines nicht gerade kleinen Geländes an der heutigen Bartels- und Schanzenstraße nahmen sie Lineal und Feder zu Hand, um dieses Gelände auf ihrer Katasterkarte in kleinere Einheiten zu parzellieren.
Die neuen Grundstücke boten sie meistbietend zum Verkauf an. Die große Nachfrage nach Baugrund für Wohnräume (Hamburger Brand von 1842, die Zunahme der industriellen Produktion und die Ausweitung des Handels in Hamburg mit entsprechendem Bedarf an Arbeitskräften) ließ aus der Sache ein schnelles Geschäft werden.
Bereits drei Jahre nach der ersten Verkaufsofferte hatten die Grundstücke den Eigentümer gewechselt und waren zum überwiegenden Teil mit Wohnhäusern bebaut worden - unter maximaler Ausnutzung der Baugrenzen und der zulässigen Bauhöhe. Später wurden dann auch die Hinterhöfe noch mit Gewerbe- und Wohngebäuden zugebaut, so daß aus den Grundstücken die höchst mögliche Rendite herauszuholen war.
Jene von Bieber, Stammann und Consorten vorgenommene Parzellierung des Geländes und von ihren Nachfolgern vollzogene Intensivnutzung des Baubodens bestimmen seitdem bis in unsere heutigen Tage das Leben ungezählter Mieter und Kleingewerbetreibende. Das ursprünglich von den Eigentümern und ihren Erben investierte Kapital dürfte sich inzwischen mehrfach akkumuliert haben - allen Inflationen und Währungszusammenbrüchen zum Trotz.
Selbst ein Spätspekulant wie Rebien konnte noch im Jahr 1987 mit den über 1oo Jahren alten, heruntergewirtschafteten Gebäuden einige Hunderttausend DM einstreichen. Der Wert des Grundstücks übertraf inzwischen weit den Wert der auf ihm errichteten Häuser.
Während diese Leute also die Spekulationsgewinne anhäuften, mußten die arbeitenden Menschen in engen, feuchten, dunklen Räumen wohnen und leben, in Hinterhöfen und in Kellern (die Vorderhäuser blieben den Besserverdienenden vorbehalten). Die Wohnungen waren überbelegt, machten krank usw. - und heute sind **wir** immer noch dabei, Hunderte von DM für Mieten zu zahlen, um in diesen nicht den menschlichen Wohnbedürfnissen, sondern den Kapitalinteressen angepaßten Häusern leben zu **dürfen!**

VOM HANDWERKER ZUM MANUFAKTEUR

Aus der Fachwerkidylle wird das Mietshaus -Haussmann schlägt Schneisen durch Paris - Da aus dem Gewehr nur geradlinig geschossen werden kann, müssen auch die Straßen geradlinig sein - Das Schlafzimmer ist nur zum Schlafen da

Die Entwicklung der industriellen Produktion im 18. und 19. Jahrhundert verlangte von der Stadt neue Funktionen.
Bis dahin war sie der zentrale Ort gewesen, an dem Handwerker und Händler ihren Geschäften nachgingen, Politik betrieben und sich sonntags in der Kirche von ihren Sünden freisprechen ließen.
Jetzt mußte Platz in der Stadt geschaffen werden,
- um Gebäude für neuentwickelte Produktionsweisen (Manufaktur, Fabrik) bauen zu können.
- Die Stadt mußte den zunehmenden Verkehrsfluß für die Halb- und Fertigfabrikate und für die Arbeitskräfte sicherstellen.
- Die Verwaltungs- und Überwachungsaufgaben wurden mit der Herausblidung neuer Produktionsverhältnisse aufwendiger.

Die ersten Schritte, die das Bürgertum in diese Richtung unternahm, waren einfach. Bestehende Stadthäuser, die vorher von Händlern oder Handwerkern zum Arbeiten und Wohnen genutzt worden waren, wurden in reine Produktionshäuser umgewandelt. Da die Städte so angelegt waren, daß verkehrsmäßig jeder Platz zu Fuß erreicht werden konnte, wurden die in den Manufakturen und ersten industriellen Fabriken arbeitenden Menschen in die Nähe der Produktionsanlagen angesiedelt - entweder in bestehende, umzubauende Häuser oder in Neubauten, die auf den vorhandenen Grundstücken Platz fanden.
Parallel dazu entwickelte sich die Industrieansiedlung auf freiem Gelände außerhalb der Stadtmauern - aus Platzgründen, weil die neuen Produktionsanlagen die bisher gekannten Rahmen des handwerklichen Betriebs sprengten. Und aus verkehrstechnischen Gründen: Das freie Gelände bot bessere Bedingungen für den Ausbau von Versorgungswegen: Straßen, Kanäle, später die Eisenbahn. Die Ansiedlung der Arbeitskräfte erfolgte auch hier aus zeitökonomischen Gründen in der Nähe der Industrieanlagen. Schließlich sollten die Arbeitskräfte ausgeruht hinter den Maschinen stehen.




Kapitalisierung des Wohnungsbaus

Diese Entwicklung verhalf der Kapitalisierung von Wohn- und Gewerbeanlagen zum Durchbruch. Mit der Nachfrage nach bebaubaren Grundstücken wurde der Boden zur Ware, mit der Nutzung des Baugrunds für Wohnhäuser wurde die Wohnung zur Ware. Aus dem einst vorherrschenden Einzelhaus-Bau entwickelte sich - nach dem kapitalistischen Marktgesetz von Angebot und Nachfrage - die Tendenz, den begrenzt zur Verfügung stehenden Boden maximal zu nutzen, d.h. so dicht wie möglich zu bebauen.
In den alten Städten, die im 19. Jahrhundert infolge der Bevölkerungsentwicklung inzwischen zu "Innenstädten" geworden waren, paßte sich der Fabrik- und Wohnungsbau lange Zeit den vorgegebenen, noch aus der mittelalterlichen Stadt übernommenen Stadtstruktur an. Das führte zu einer ungeplanten totalen und intensiven Bebauung entlang der alten Straßen und Verbindungswege. Die Versorgung der hier wohnenden und arbeitenden Menschen mit Wasser und Beleuchtung und die Abfallbeseitigung veränderte sich dagegen nicht bzw. hinkte der Bebauung um Jahrzehnte hinterher. Ganze Stadtviertel "verslumten"; Stadtviertel, aus denen sich die einkommensstarken Bürger zurückzogen, um sich in genehmeren Gegenden neu niederzulassen. Sie vergaßen schnell, daß auch ihre Vorfahren noch durch die eigene Scheiße stapften, die aus überlaufenden oder - winters - aus vereisten Sickergruben quoll. Mit zunehmendem Unbehagen blickten sie auf die Stadtviertel herab, die letzlich das Ergebnis ihres Spekulationsverhaltens waren.
Die Entwicklung in den neuentwickelten Industrieansiedlungen außerhalb der alten Stadt verlief entsprechend - wobei an Stelle der verwinkelten Überbauung der Innenstädte hier die auf dem Reißbrett geplante Dichtbebauung trat.

Die Stadt ändert ihre Struktur

War die vorindustrielle Stadt geprägte durch eine Differenzierung nach den sozialen Funktionen, die ihre Bewohner innehatten (Handel, Handwerk, Dienstleistungen), so bildete die Stadt jetzt neuartige Bezirke heraus. In ihnen fiel einerseits die industrielle Produktion und die Handelstätigkeit mit den Wohnplätzen derjenigen zusammen, die in diesen Betrieben arbeiteten; andererseits gab es Bezirke, die die Bourgeoisie zum Wohnen vorbehalten blieb.
Diese naturwüchsige Entwicklung der Stadt, insbesondere der inneren Stadt, brachte sie in einen Zustand, der sie dem Bürger immer unüberschaubarer machte.
Die herkömmlichen politischen und sozialen Strukturen der Stadt waren unverändert geblieben. Weiterhin standen in den Stadtzentren die Einrichtungen der politischen und ökonomischen Machtausübung (Rathaus, Gericht, Börse, Banken, Märkte), außerdem zentrale Einrichtungen der Ideologiebildung (Kirchen, Schulen). Dagegen lebten inzwischen die Personen, die politische Macht und ökonomische Interessen ausübten bzw. vertraten, von diesen Einrichtungen weiträumig getrennt.
Diese Trennung entstand dadurch, daß die Innenstadtbezirke überwiegend zu Arbeits- und Wohnzwecken für die Klassen genutzt wurden, die es auszubeuten galt. Diese Situation bedrohte zunehmend die soziale und ökonomische Ordnung:
- Der Wert der Arbeitskräfte verminderte sich mit der Verschlechterung ihrer Lebens-bedingungen.
- Mit der Entwicklung neuer Formen des Warenumsatzes (Vergrößerung und zahlenmäßige Zunahme der Handelsgeschäfte, Warenhäuser) behinderten die überkommenen Verkehrsstrukturen die Warenzirkulation.
- Alle sozialen Gruppen der Stadt wurden durch Krankheitsepedimien bedroht, die aus den unhygienischen Wohnbedingungen besagter Innenstädte entstanden.

Die Angriffe auf das Eigentum des Bürgers (Warendiebstahl) konnten nur noch erschwert abgewehrt bzw. verfolgt werden.
Die Angriffe gegen die politischen Machtverhältnisse in Form von Aufständen, die aus den Innenstädten herausgetragen wurden, waren schwer zu kontrollieren (Paris und Berlin 1848 hatten Signalwirkung).
Der Ökonomie der Stadt drohte der Kollaps.

Frühkapitalistische Stadtplanung

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden daher der Innenstadt neue Funktionen zugewiesen:
- Sie sollte wesentlich zur Realisierung des Mehrwerts beitragen, d.h. in ihrer Funktion als Warenumschlagsplatz ausgebaut werden.
- Sie sollte zum Zentrum der Verkehrsanbindungen werden.
- Sie sollte als Ort für politische und ökonomische Kommunikation und Entscheidungen gesichert werden.

Diese Prinzipien wurden verwirklicht, indem geradlinig breite Straßen durch den Stadtkern gezogen und Eisenbahnlinien mit ihren Bahnhöfen in die Stadtzentren hineingelegt wurden.
An dieser Stelle wird in der Regel der Baron Haussmann zitiert, der 1852 damit begann, Paris mit einem Verkehrsnetz zu überziehen, das sowohl dem Waren- wie auch dem Militärtransporrt gerecht wurde. Ein anderes Beispiel ist die in dieser Zeit in Berlin anlaufende Diskussion, wie das Straßennetz der wachsenden Stadt organisiert werden konnte. Im Grunde wurden aber alle Industriestädte Europas, Lyon, Brüssel usw., von diesen Umbaumaßnahmen erfaßt, auch überwiegend von Handel geprägte Städte wie Hamburg. Davon ist weiter unten die Rede.
Die Folgen dieses Stadt-Umbaus:
- Der Bau der neuen Straßen und der Eisenbahnen führte zu der Auflösung großer innerstädtischer Wohn- und Gewerbebezirke. Die Wohnbevölkerung wurde vertrieben und in der Regel an den damaligen Stadtrand deportiert.
- Die neuen Straßen erlaubten es der Bourgeoisie, aus ihren entfernt gelegenen Wohnbezirken sicher und unbehindert die Zentren ihrer Macht aufzusuchen.
- Die neuen Straßen und Eisenbahntrassen teilten die noch bestehenden Wohn- und Arbeitsviertel der arbeitenden Bevölkerung durch breite Schneisen auf, trennten sie voneinander und ermöglichten so ihre bessere Kontrolle.
- Die neuen Straßen nahmen die neuen, prosperierenden Ladengeschäfte und Warenhäuser und die Dienstleistungsgebäude der Bourgeoisie auf (Banken, Unternehmensverwaltungen usw.).

Natürlich waren diese Stadtveränderungen Maßnahmen, die sich gegen nicht wenige Haus- und Bodenbesitzer richten mußte - mußten diese doch bei den notwendigen Bodenaufkäufen durch die Stadt mit einer einmaligen Abfindung auf langfristige Renditen verzichten. Andere Bodeneigentümer wurden wiederum begünstigt, da sie jetzt genötigt waren, neu zu bauen. Hatten sie vorher relativ ungünstige Renditeergebnisse zu verzeichnen, da sie ihre Häuser an die sozialen Unterschichten vermieteten, konnten sie jetzt auf bessere Ergebnisse hoffen: durch den Neubau von Geschäfts- und Bürogebäuden im neuen Stadtzentrum, durch Laden- und und auch Wohnhäuser entlang der neuen Straßen (denn ein Teil der Bourgeoisie zog jetzt wieder in die Nähe ihrer wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten).

Die Bodenspekulation beginnt zu blühen

Die Zahl der privaten Haus- und Bodeneigentümer, die in dieser Phase fiebriger Bodenspekulation wegen Kapitalknappheit

auf der Strecke blieb, ist unbekannt - wieviele sich schamlos bereicherten ebenfalls. Ein neues Betätigungsfeld bot sich ihnen im Bodenerwerb und im Wohnungsbau für die aus der Innenstadt vertriebenen Menschen. Eine hemmungslose Parzellierung der Stadtrandgebiete begann, und da die Rendite aus dem Boden immer noch das entscheidende Kriterium für die Nutzung des Bodens war, konnte und wollte sich die politische Verwaltung nur durch grobe planerische Vorgaben einschalten - in der Regel durch die Straßen- und Versorgungsplanung. Gebaut wurde ansonsten nach gusto.
Innenstadt und Stadtrand machten in dieser Zeit eine neue Phase intensivster Bodennutzung durch. Der Baudichte im Innenstadtbereich für Büro und Verwaltung entsprach die Baudichte in den neuen Wohnvierteln. Unter dem Zwang der Profitmaximierung blieb der Bodeneigentümer nichts anderes übrig, als die gleichen Wohn- und Arbeitsbedingungen zu reproduzieren, gegen die sie wenige Jahre vorher zu Felde gezogen war und auf die sie zur eigenen Sicherheit mit dem Abriß ganzer Stadtteile reagiert hatte.
Aber während das Bürgertum begann, sich in seinen neuen Häusern nach getaner Spekulation auszuruhen, die vom Feudaladel kopierten Ornamente an Hausfassaden und in Wohnstuben schon anfingen zu vergilben, setzte ein neuer Schub ökonomischer und sozialplanerischer Initiativen ein.

Die Entwicklung der Produktivkräfte verlangt eine neue Stadt

War auch der Warenumschlag zu jenem Zeitpunkt optimiert, der Machtrepräsentanz der Verwaltungs- und Bankgebäude genüge getan, einige Reproduktionsbereiche der arbeitenden Bevölkerung mit ihrer Durchmischung mit kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten sozial beruhigt, so blieben doch genügend Wohngebiete der arbeitenden Bevölkerung bestehen, die noch verändert werden konnten. Entweder standen sie einer erhöhten Renditeschöpfung durch eine andere Bodennutzung im Wege. Oder sie waren immer noch wegen der Wohnbedingungen und dem politischen Bewußtsein ihrer Bewohner eine soziale und ökonomische Bedrohung für die Gesellschaftsordnung bzw. für die Kapitaleigner (Pariser Kommune 1871, organisierte Streikbewegungen).
Hinzu kam die Produktiventwicklung in den Fabriken. Die industrielle Produktion entwickelte eine zunehmende Aufteilung des Arbeitsprozesses. Die Arbeitsteilung Taylors und das Fließband Fords in den modernen amerikanischen Fabriken stehen dafür als Beispiel.
Die Faszination über dieses Funktionieren eines vergesellschafteten Arbeitsprozesses und Rationalisierungsträume auch für den Wohnalltag der Arbeitskräfte prägten mehr und mehr die Vorstellungswelten von Stadtplanern und Architekten. Zwar ist der standardisierte Wohnungsbau bereits Ende des 19. Jahrhunderts bekannt. Darüber legen Reihensiedlungen und monotone Hofbebauung ausreichend Zeugnis ab. Aber bourgeoise Repräsentationssucht, die auch in den Wohnungszuschnitt des Kleinbürgertums und des Proletariats übertragen worden war, entsprach beileibe nicht dem Rationalitätsprinzip, unübersichtliche und von Wohnhäusern und Gewerbe durchmischte Bebauung des Stadtteils nicht dem Funktionalitätsprinzip. Diese neuen Prinzipien wurden inzwischen auf Stadtplaner- und Architektenschulen gelehrt (hier gehören das 'Bauhaus' erwähnt und die Namen von Architekten wie Gropius, LeCorbusier u.a.).

Die Funktionalisierung der Stadt



Es ist zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts ein Bruch in dem Denken jener Fachleute zu beobachten, die sich berufsmäßig mit der Ökonomie der Stadt beschäftigen. Planungen orientierten sich weniger an Verwertungsinteressen einzelner Bodenkapitale als an der Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Stadt als selbständiger Wirtschaftseinheit
- Die flächenmäßige Explosion der Stadtgebiete verlangte nach einem zuverlässigen Transportsystem für die Warenzirkulation. Das um so mehr, als sich der Prozeß der Arbeitsteilung und der Dienstleistungen im Produktionsprozeß beschleunigte.
- Steigende Bedeutung erhielt der Verkehr auch für die Ware Arbeitskraft, die immer seltener in unmittelbarer Nähe der Produktionsanlagen lokalisiert werden konnte und immer häufiger an ihre Arbeitsstellen transportiert werden mußte.
- Das Versorgungssystem in der Stadt erhielt für die Kapitalisten immer größere Bedeutung: Das betraf die Energiezufuhr, die Abfallbeseitigung, die medizinische Versorgung und die Ausbildung der arbeitenden Bevölkerung, die Unterhaltung der Menschen in ihrer freien Zeit usw.
Diese Aufgaben wurden immer weniger von privaten (barmherzigen oder gewinnorientierten) Initiativen getragen als von der Stadtverwaltung.
- Die Politisierung der arbeitenden Menschen verlangte größere ordnungspolitische Aufmerksamkeit bzw. die Milderung von sozialen Konfliktherden, wie sie z.B. die ungenügenden Wohnbedingungen darstellen konnten.
Der über Jahrzehnte dauernde Diskussionsprozeß unter Architekten und Stadtplanern mündete 1934 in eine programmatische Erklärung, in die 'Charta von Athen'. Zu den Prinzipien einer funktionsgerechten Stadt (und verbal gegen die "rücksichtslose Brutalität einiger Privatinteressen") wurde jetzt die Gliederung der Stadt in die Teilbereiche Wohnen, Arbeiten, Sich Erholen und Sich Bewegen erkoren. An zentraler Stelle stand in diesen Überlegungen das Wohnen, dem sich die Funktionsbereiche Arbeiten und Erholen unter- bzw. beiordneten. Dem Verkehr wiederum sollte überhaupt nur eine dienende Funktion zukommen.
Prinzipien dieser Athener Planspiele werden in den folgenden Jahrzehnten in die Praxis umgesetzt, beruhten sie doch auf einer rational begründeten Funktionalität zwischen Leben und Arbeiten.
Jedoch wird mit der Deklaration einer Charta weder das private Eigentum an Boden aufgehoben noch die private Verwertung der menschlichen Arbeitskraft beseitigt - auch wenn die Begründer der Charta ihr einen sozialistischen Charakter einzugeben glaubten.
Die Betreiber systemimmanenter Sozialpolitik konnten sich daher aus dem Schatz planerischer Ideen die Brocken heraussuchen, die ihnen für die nächsten Jahrzehnte zukunftsweisend waren. Das hieß für Planer und Architekten:
- Der unmittelbare Wohnbereich gestaltet sich nach dem Prinzip der höchsten Funktionalität, d.h. die Räume werden nach ihrer Nutzung für Wohnen, Schlafen, Küche, Kinder festgelegt.
-Das Wohnen, d.h. das gesamte Leben während der Nicht-Arbeitszeit wird - wie für die arbeitenden Menschen schon während der Arbeitszeit erfahrbar - egalisiert und genormt; das Mittel dazu ist eine optimal entwickelte Wohnsiedlung, in der es keine Zufälligkeiten mehr gibt, sondern nur noch fest definierte Plätze zum Einkaufen, Begegnen, Spielen der Kinder usw. Unklar definierte Orte tauchen in diesen Siedlungen nicht auf.
- Eine strenge räumliche Trennung von Arbeiten und Wohnen verlangt eine höchstmögliche Organisation der einzelnen Stadtbereiche: Wohnen ohne störende Einwirkungen einer benachbarten Fabrik, Produzieren, ohne auf Wohnbereiche Rücksicht nehmen zu müssen.
- Dem Verkehr, dem die Funktion zukam, die einzelnen Stadtbereiche miteinander zu verbinden, muß mit der zunehmenden räumlichen Trennung immer größere Bedeutung zugemessen werden. Und da er privatkapitalistisch geordnet blieb (Individualverkehr mit dem eigenen Verkehrsmittel), kam er nie in den Bereich der "dienenden Funktion". Vielmehr gelang es seinen Interessenvertretern, den Raum, den er in Form von Straßem benötigte, bis in die engsten Stadtzentren hinein zu beanspruchen.

DIE ÖKONOMIE DER INNENSTADT

ZO und EKZ - Der Aneignung der menschlichen Arbeitskraft folgt die Aneignung ihrer Kaufkraft - Haltet den Dieb! - Wohnungsbaupolitik ist Bevölkerungspolitik - Wie "Standortgunst" von der "Wohnortgunst", diese wiederum von der "Sanierung" abhängt
(Alles sehr allgemein gehalten)

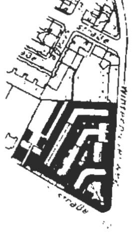
Um eine nach ökonomischen und ordnungspolitischen Kriterien funktional geplante Stadt durchzusetzen, mußten diverse Gegensätze zwischen den beteiligten Kapitaleignern durchgestanden werden. Dies besonders, da in den sechziger Jahren des 2o. Jahrhunderts eine strukturelle Krise des produzierenden Kapitals deutlich wurde.
Die Krise traf im industriellen Bereich besonders einzelne Branchen (Kohle, Stah-

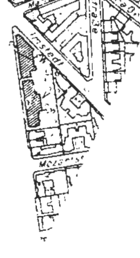
lerzeugung, Werften, Maschinenbau). Insgesamt wurde aber bei ständig zunehmender Konzentration der Finanz- und Industriekapitale vom Staat eine Neuordnung der Produktionsveraussetzungen erwartet (des Arbeitskräftemarktes, der Standortbegünstigung, in der Energie- und Verkehrsplanung).
Krisen und Gegensätze traten ebenso beim Handelskapital auf, dessen einzelnen Kapitalgruppen in verstärkte Konzentrationsprozesse und Konkurrenz zueinander traten:
- Die Individualisierung des Verkehrs und der Bau neuer Wohnsiedlungen für die arbeitende Bevölkerung am Stadtrand begünstigte Warenumschlagplätze, die - in Konkurrenz zum traditionellen Einzelhandel - in der neuen Form von Verbrauchermärkten entstanden.
- Die neue Stadtplanung sah vor, sogenannte zentrale Orte (ZO) innerhalb der städtischen Region zu schaffen. Sie verbinden den Einzelhandel mit notwendigen öffentlichen Einrichtungen und städtischen Behörden und sollen in einem eingegrenzten Einzugsbereich die Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen versorgen: Die Einkaufzentren (EKZ) entstanden.
Das Handelskapital sah in diesen EKZ die Möglichkeiten, den größten Teil der Kaufkraft auf sich zu konzentrieren, die sich in der Bevölkerung der umliegenden Wohngebiete ansammelte. Die Möglichkeit jedoch, in diese EKZ Kapital zu investieren, besaßen in der Regel nur Kaufhauskonzerne, Filialisten und Kettenunternehmen. Sie hatten auch entsprechendes Interesse, langfristig den mittleren und kleinen Einzelhandel in jenem Wohngebiet zu zerstören, und sie besaßen kapitalmäßig die Stärke, die Konkurrenz der Verbrauchermärkte abzuwehren.
Diese Konkurrenz spitzte sich in den siebziger Jahren zu. Die vorgenommenen Kapitalinvestitionen machten es daher bei stagnierender Kaufkraft der Bevölkerung notwendig, den Warenumsatz neu zu organisieren. Es wurden Pläne entwickelt, die Räume des Warenumsatzes (Läden, Fußwege, Straßen) so zu gestalten, daß die natürliche Fortbewegung der Menschen gelenkt, ihre Kommunikation untereinander gesteuert und Störungen im Kauf- oder Entscheidungsprozeß verhindert werden. Darüberhinaus sollte eine psychologische Kaufreizsteuerung zum Einsatz kommen.

Stadt- und Kaufhausplanung hängen zusammen!

Diese Neuorganisation des Vekaufens, das auf einen begrenzten Raum wie das EKZ stattfinden soll, setzt eine stadtplanerische und architektonische Planung voraus. Sie geschieht zusammen mit der Planung neuer Wohnanlagen bzw. ganzer Stadtteile - und setzt damit deren Funktionalisierung fort. Denn letztlich wird der einzelne Mensch durch den Ort und die Art und Weise des Warenverkaufs in ein Verhalten gezwungen, das der Warenanbieter von ihm wünscht. Das Handelskapital eignet sich also nicht nur die Kaufkraft der Bevölkerung an. Vielmehr setzt es durch die Technisierung des Kaufvorgangs die gewaltmäßige Ausrichtung des Menschen fort, eine Ausrichtung, die er schon in der Fabrik und in den Wohnanlagen erlebt.
Die Stadterneuerung nach dem funktionalistischem Prinzip, Arbeiten und Wohnen räumlich zu trennen, stößt auf Gegeninteressen der Bodeneigentümer, die eine extensive Nutzung des Bodens (wie sie z.B. in der von den Planern favorisierten "Gartensstadt" notwendig wäre), verhindern. Bei verstärkter Nachfrage nach Baugrund verteuern sie spekulativ den Bodenpreis. Nur die Intensivnutzung des Bodens, wie in den Neubausiedlungen der 6o/7oer Jahre praktiziert, kann dem mietpreislich gerecht werden. Die serielle Massenproduktion von standardisiertem Wohnraum und dessen entsprechende Nutzung kommt dem entgegen.







Da hohe Mieten im Prinzip der Lohnpolitik der Unternehmen widersprechen (hohe Mieten als Teil der Reproduktionskosten setzen hohe Löhne voraus), kommt es zu begrenzten regulierenden Eingriffen des Staates. Er gleicht die Differenz, die zwischen der Höhe des Einkommens und der Wohnungsmiete bestehen, durch Zuschüsse aus. Die Zahlung von Wohngeld heißt demnach nichts anderes, als daß gesellschaftlicher Reichtum an Einzelpersonen, an Haus- und Bodeneigentümern, umverteilt wird.

Soziale Differenzierung der Stadtbevölkerung

Die Möglichkeit, eine hohe Rendite aus Bodeneigentum über hohe Mieten zu realisieren, hat eine weitere Folge. Einkommensstarke Bevölkerungsschichten können sich wohnungsmäßig privilegieren, d.h. sich von einkommensschwachen Schichten absondern. Wie schon in der Anfangsphase der industriellen Epoche kommt es auch in ihrer Spätphase - einkommensbedingt - zu einer Selektion der Bevölkerung. Da neben der Qualität der Wohnung insbesondere ihre Lage den Marktpreis, d.h. ihren Mietpreis, bestimmt, werden einkommenschwache Menschen nicht nur in die qualitätsmäßig schlechteren Wohnungen verwiesen. Sie unterliegen darüberhinaus auch dem Zwang zur Mobilität, d..h. bei Veränderung des Wohnwertes ihres Stadtteils, diesen verlassen zu müssen. Entweder müssen sie teuren Mietwohnungen weichen oder der gewerblichen Nutzung der von ihnen bewohnten Räume.
Die flächenmäßige Neuorganisierung des bewohnten Stadtgebiets durch Neubausiedlungen (Reihenhaus, Einfamilienhaus) und den Großsiedlungen (Hochhaus-Wohnanlagen) am Stadtrand, verbunden mit der Neuorganisierung der Warenzirkulation und der Verwaltung (zentrale Orte, EKZ) hatte Folgen: Das traditionelle Stadtzentrum, die City, mußte Funktionseinbußen hinnehmen.
Die Auslagerung von Kaufkraft durch die oben beschriebene Bevölkerungspolitik ließ in den Innenstadtbereichen mit ihren in der Regel heruntergewirtschafteten Wohnungen eine kaufkraftschwache Bevölkerung zurück. Die hier traditionell ansässigen Warenhäuser und Fachgeschäfte verzeichneten absolute Umsatzeinbußen beim Warenumschlag. Ein anderer Aspekt gewann außerdem an Bedeutung: Jene neuen zentralen Orte konnten in ihrer Funktionalität trotz entsprechender Planversuche die dort von den Menschen erlebte Inhalts- und Gefühlsleere nicht aufheben. Aus ökonomischen wie auch aus sozialplanerischen Gründen wird daher seit den siebziger Jahren eine Neubestimmung der Innenstadtbereiche angestrebt.

Neubewertung der Innenstadt

Ökonomisch wurde das durch die Anlage von Fußgängerzonen und durch die Wiederbelebung der Einkaufspassagen versucht, die entsprechend der EKZ organisiert wurden.
Sozialplanend sollte der traditionell hohe kulturelle Wert der Innenstadt gehalten bzw. gesteigert werden.
Stadtplanerisch will diese Neubewertung der Innenstadt abgesichert werden, indem der neugestaltete Stadtkern mit einer kaufkräftigen und dynamischen "Mantelbevölkerung" umgeben wird (Citynahes Wohnen) - das Bürgertum bzw. die einkommensstarken Schichten der Bevölkerung nehmen sich den Teil der Stadt zurück, den ihre Altvorderen vor einem Jahrhundert aufgegeben hatten.
Damals hatten sie ihn renditebringend in einer Weise, die ihrer eigenen Moral widersprach, an die Unterprivilegierten vermietet; ein paar Jahrzehnte später verlangte das Profitstreben weniger Privatkapitale, ihre Repräsentationssucht und die Bedrohung ihres Eigentums und ihrer politischen Sicherheit die "Sanierung" dieser Gebiete. Heute zwingt die beschleunigte Warenzirkulation und die Hofierung der kaufkraftstärksten Bevölkerungsschichten die endgültige Neubestimmung des Innenstadtbereichs.
Die Ungleichheit, mit der in den Produktions- und in den Dienstleistungsbereichen das Kapital akkumuliert, hatte schon immer zu ungleichen Möglichkeiten dieser Bereiche geführt, den Marktgesetzen in der Bodennutzung zu folgen. Heute ist der Punkt erreicht, an dem nur noch die unproduktiven Gewerbe (die Dienstleistungen) die Fähigkeit besitzen, der Bodenrenten-Entwicklung in den Innenstädten zu bestehen. Das produktive Gewerbe hat die Flagge gestrichen und an Orten, die ihm von der Stadtplanung zugewiesen wurde, neue Produktionsanlagen errichtet. Die Entblößung der Innenstädte von ihrer produktiven Funktion, d.h. von wertschaffendem Gewerbe, wird mit dem oben aufgezeichneten Versuch, die Aufgaben der Innenstädte neu zu bestimmen, abgeschlossen.

Von der "Standortgunst" und der "Wohnortgunst"

Ein weiterer Faktor wird in der nächsten Zeit weitreichende Folgen auf die Stadplanung haben.
Die Unterschiede einzelner Regionen hinsichtlich ihrer "Standortgunst", d.h. den Bedingungen, unter denen sich standortunabhängige Industrien an einem Ort niederlassen, nehmen ab. Für die Industrie werden mehr und mehr produktionsunabhängige Bedingungen für die Entscheidung wichtig, weshalb sie ihre Fabriken an dem einen, nicht aber an dem anderen Ort bauen.
Diese Bedingungen werden von der "Wohnortgunst" bestimmt. Sie umfassen den Wohnungsmarkt, das Bildungsangeot, die kulturellen Einrichtungen, gute Einkaufsmöglichkeiten, einen ausgeprägten Dienstleistungsbereich, ein ausgebautes Nahverkehrsnetz, Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten, die landschaftliche Schönheit. Diese Bedingungen gewinnen mit steigendem Einkommen (qualifizierte Arbeitskräfte) und zunehmender Freizeit der in einem Betrieb Beschäftigten an Bedeutung.
Die Ökonomie der Stadt kann also nicht mehr allein darauf beschränkt werden, potentiellen Industrieansiedlungen gute Produktionsbedingungen anzubieten. Sie muß sich zunehmend darüber Gedanken machen, welche Reproduktionsbedingungen sie vorweisen kann. Das berührt die Bildungspolitik (Universitäten z.B.), die Verkehrspolitik, die Kulturpolitik und letzlich auch die Sanierungspolitik für Stadtteile, die einem hohen Wohnbedürfnis nicht mehr genügen - womit wir beim "Unternehmen Hamburg" gelandet sind.

UNTERNEHMEN HAMBURG

Wie ein Bürgermeister die Bürger seiner Stadt zu Angehörigen eines Unternehmens erklärt - 1842: Hamburg brennt und spekuliert - Flächensnierungen 1864, 1882, 1892, 19oo, 1934 usw. - "Volksgesundung" im Faschismus - Neuer Wein in alten Schläuchen: Stadtplanung nach 1945 - Bis heute ein Problem: die Innenstadt

Auf diese veränderten Bedingungen ging im November 1983 der damalige Hamburger Bürgermeister Dohnanyi in einer programmatischen Rede ein, als er das Schlagwort vom "Unternehmen Hamburg" prägte.
Die Voraussetzungen dafür, daß ein derartig sozial differenziertes Gebilde, wie es die "Stadt Hamburg" darstellt, von seinem

Bürgermeister auf den betriebswirtschaftlichen Begriff des Unternehmens reduziert werden konnte, waren die Erkenntnisse,
- daß die weltwirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung der EG Hamburg zunehmend in eine ökonomische Randlage drängt und
- daß die wirtschaftliche Strukturkrise, insbesondere, was den Schiffbau, die Rohstoffverarbeitung, den Schwermaschinenbau im gewerblichen und den Warenumsatz (Hafen) im Handelsbereich betrifft, die wirtschaftlichen Aktivitäten des Kapitals in Hamburg überdurchschnittlich negativ berühren.

Das Wachstum der produzierten Güter und geleisteten Dienstleistungen nimmt seit Jahrzehnten in der Hamburger Wirtschaftsregion im Vergleich zum Bundesgebiet überproportional ab. D.h., daß immer mehr Kapitaleigner immer weniger Interesse daran haben, in Hamburg ihr Kapital in irgendwelche Unternemungen zu stecken.
Parallel dazu steigt die Zahl der Menschen überproportional an, die eine Arbeit suchen, aber keine finden. Das heißt,
- daß ihre Arbeitskraft nicht ausgebeutet werden kann, sie produzieren keine Werte, sie sind unproduktiv;
- daß sie kein Einkommen für geleistete Arbeit erhalten, also auch dem Reproduktionssektor nicht als Kaufkraft frei zur Verfügung stehen;
- daß ihrer Lebenssicherung - neben den Beiträgen aus der Arbeitslosenversicherung - aus politischen Gründen von der Gemeinschaft, also aus Steuergeldern der Stadt, getragen wird - sie verringern damit auch noch - unproduktiv - die Geldmenge, die von der Stadt sonst - produktiv - investiert werden könnte.

Das sind zwar nicht die Worte Dohnanyis, aber doch das, was er meint, wenn er die hohen Sozialausgaben der Stadt als wesentliche Ursache für die Verschuldung der Stadt beklagt.
Ein verschuldetes Unternehmen, das von sich sagt, daß seine Ausgaben seine Einnahmen übersteigen, ist in der regel nur dann kreditwürdig, wenn es perspektivisch aufzeigt, wann es eines Tages wieder mehr einnehmen als ausgeben wird. Für Hamburg heißt das,
- daß die Arbeitsproduktivität der Verwaltung verbessert werden muß (Rationalisierung) und Tätigkeiten aufgegeben oder eingeschränkt werden müssen, die zuviel Geld kosten;
- daß mehr Kapital in diese Stadt investiert werden muß, um über höheres Wirtschaftswachstum und höhere Steuereinnahmen wieder auf den grünen Zweig zu kommen.

Dazu müssen entsprechende Bedingungen geschaffen werden:
- Der Hafen als vorrangiger Dienstleistungsberieb bleibt, muß aber strukturellen Veränderungen angepaßt werden.
- Die traditionelle Schwerindustrie, über die mit Ausnahme der Bereiche, die für den Hafen von Bedeutung waren, die Hamburger Kaufleute seit jeher die Nase gerümpft haben, bleibt weiterhin ungefördert.
- Bleiben die zukunftsträchtigen Wirtschaftsbereiche, die neben dem Einsatz von "Risikokapital" vemehrte Anstrengungen der Stadt in wissenschaftlicher Forschung und technologischer Entwicklung verlangen, darüberhinaus der Medienbereich und die Ausweitung der bestehenden Dienstleistungsangebote für Handel und Banken. Sie gilt es zu locken und zu fördern.

Nur, wenn irgendwelche Kapitalisten in Hamburg in diese Zukunftsindustrien investieren sollen, erwarten sie nicht nur die Vermehrung ihres Kapitaleinsatzes. Neben den Voraussetzungen, um überhaupt an eine Investition zu denken, wie Ausbau der staatlichen Forschungsbereiche, die Möglichkeit, Forschungsergebnisse privatkapitalistisch zu verwerten, Verbesserung der Ausbildung und des Bildungsniveaus der Arbeitskräfte usw. will der Kapitaleigner auch Freude an der Sache und an seinem Leben haben.
Dazu gehört eine effizentere Entscheidungsstruktur im politischen und im Verwaltungsbereich bis hin zur Änderung der Stadtstaat-Verfassung (Dohnanyi: "Die Entscheidungsfähigkeit der Stadt soll gestärkt" und die "Balkanisierung" der Stadt durch Bezirkskompetenzen beseitigt werden). Dazu gehört aber auch eine Veränderung des gesamten Eindrucks, den die Stadt von sich gibt:
"Folglich werden die Wohn- und Arbeitsbedingungen, das kulturelle Umfeld, die Freizeitmöglichkeiten der Stadt ein immer größeres Gewicht für die Standortentscheidungen einer neuen Intelligenz (...neuer Unternehmen, insbesondere kleiner Gewerbebetriebe mit wissenschaftlich-technischem Hintergrund...) haben."
Konkret heißt das,daß
- "den sozial Starken, den Besserverdienenden, also den Steuerzahlern", in der Wohnungspolitik entgegengekommen werden muß- die Freizeitmöglichkeiten erweitert werden müssen,
- in der Kulturpolitik neben dem Erhalt der traditionellen Kultursektoren eine Öffnung der Kultur- und Unterhaltungsbereiche für die große Mehrheit der Bevölkerung stattfinden muß und auch
- für Sportveranstaltungen bessere Möglichkeiten geschaffen werden müssen.

Und das Ganze "qualitativ wirklich erstklassig", damit der Metropolencharakter der Stadt erhalten bleibt.
Es sind also nicht mehr die natürlichen Wirtschaftsressourcen wie Meer/Fluß=Hafen/Handel/Schiffbau, die die Entwicklung der Stadt bestimmen. Es ist die Gesamtheit der Stadt, ihr Charakter, ihre Attraktivität, die in den Kapitalverwertungsprozeß hineingezoigen wird - incl. der Menschen, die in der Stadt leben. Als Arbeitskräfte natürlich, aber auch in der Gesamtheit ihrer Lebensbedürfnisse und ihres Wohlverhaltens. "Aternative Wohnmodelle", so der Beiersdorf-Chef Kruse, können natürlich auch dazu gehören, aber nicht an einem so zentralen Ort wie die Hafenstraße, sondern nur "am Ende der Welt".

Kapitalinteressen vor 15o Jahren

Vor 15o Jahren sah das noch anders aus. Da konnten die Hamburger Kaufleute es sich noch leisten, dem vom preußischen Staat unter den deutschen Kleinstaaten propagierten Zollzusammenschluß fernzubleiben. Die Aufhebung der Vielzahl von innerdeutschen Zollschranken und die Einführung eines gemeinsamen Außenzolls schufen den Absatzmarkt für die beginnende industrielle Warenproduktion im Deutschen Reich. Die Hamburger Kaufleute sahen ihre Akkumulationschancen eher darin, daß sie überseeische Waren, z.B. englische Industrieprodukte, zollfrei einführen konnten - der Außenzoll hätte ihre Umsätze geschmälert. Erst die Zusicherung, daß der Hamburger Hafen zollfreier Hafen bleiben könnte, lockte sie 1868 in die politische und wirtschaftliche Verflechtung mit dem deutschen Markt.
Entsprechend spät begann die industrielle Entwicklung auf Hamburger Gebiet - die zollfreie Zone des Hafens ausgenommen, in der sich schon frühzeitig Rohstoffe verarbeitende Industrien angesiedelt hatten. Und entsprechend sah auch die Arbeiterklasse Hamburgs aus, die sich Mitte letzten Jahrhunderts noch überwiegend aus Hafenarbeitern (Güterumschlag), Lagerarbeitern, Handelsgehilfen, aus Arbeitern in kleinen Fabrikations- und Dienstleistungsbetrieben und aus Handwerksgesellen zusammensetzte. Ihre Zusammensetzung änderte sich dann natürlich mit der zunehmenden Industrialisierung der Stadt.
Ihre Wohnquartiere lagen in der Innenstadt nahe den Hafenarbeitspläzen, wobei sich gerade in der Altstadt, später auch in der Neustadt, die Wohnbedingungen herausbildeten, die für die frühkapitalistische Phase charakteristisch war: Umbau der bürgerlichen und Handwerker-Häuser, Dichtbebauuung des noch freien Bodens (Gärten), der diese Häuse umgab, Hofbebauung, Straßenüberbauung - das Ganze ungeplant und nur mit dem einem Ziel gebaut, die Rendite zu gewährleisten: Die Hamburger Gängeviertel entstanden. Entsprechend gestaltete sich die wenig später einsetzende Neubebauung der Wohngebiete St.Georg und St.Pauli, die überwiegend von Terraingesellschaften durchgeführt wurde: Aufkauf des Bodens, Parzellierung und Bebauung allein unter dem Gesichtspunkt privater Kapitalvermehrung.
Die hygienischen Bedingungen (Wasserversorgung, Abfallbeseitigung), die Dichte der Bebauung usw. ließen diese Stadtteile besonders empfänglich werden für Krankheitsepidemien. Die Arbeits- und Wohnbedingungen ließen in diesen Vierteln soziale Verhältnisse entstehen, die den Bürger veranlaßte, nicht nur seinen Geldbeutel fester an sich zu drücken, sondern ein Betreten dieser Wohnstraßen tunlichst zu vermeiden.

Das Feuer äschert, das Kapital steigt wie Phoenix aus der Asche

Der Brand von 1842, der große Teile der Altstadt zerstörte, hatte die Möglichkeit einer ersten Reorganisierung der Innenstadt geboten - nach verkehrstechnischen Aspekten. Die zu engen Straßen waren für den Warentransport und den Verkehr zu schmal geworden. Außerdem sollten neben den öffentlichen Gebäuden auch immer mehr private Verwaltungs- und Handelshäuser im Zentrum konzentriert werden.
Die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung wurden diesen Zwecken untergeordnet. Und wenn doch neue Wohnhäuser gebaut wurden, dann geschah das in der gleichen Enge und unter maximaler Ausnutzung des Bodens, wie in den Jahren vor dem Brand.
In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts setzte die Industrieansiedlung in den Gebieten Barmbek und Hammerbrook ein; gleich nebenan wurde die Miethausbebauung für die arbeitende Bevölkerung durchgezogen, und zwar in einer "Form, die hart an der Schwelle der baulichen Entartung ging" (F.Schumacher):
"Intensive Ausnutzung des Baugrunds, die gleichen unhygienischen Zustände der Wohnkomplexe, wenig Luft und Licht in den Wohnungen usw. wurden hier, wie in der inneren Stadt, der Regelfall."
Etwa zum gleichen Zeitpunkt wurden für die Innenstadt-Wohnviertel, die vom Brand 1842 verschont geblieben waren, erste Umbaupläne vorgelegt. Von dem Spekulanten Wex waren ein Großteil der Häuser im Zentrum der Neustadt aufgekauft worden. Sie sollten nach einer Entschädigungszahlung von der Stadt für Straßendrurchbrüche abgerissen werden - Ziel war eine bessere Anbindung der Handels- und Gewerbebetriebe der Neustadt an den Hafen.
In den sechziger Jahren letzten Jahrhunderts wurde dieses Projekt durchgezogen, eine große Anzahl von Mietern aus den Wohnungen vertrieben, ohne daß vorher ausreichender Ersatzwohnraum geschaffen worden war, und ein verbreiteter Straßenzug angelegt. Die Bebauung der neuen Straßen mit Handels- und Wohnhäusern erfolgte dicht

bei dicht - erneut produzierte das Bodenkapital jene ungesunden und engen Wohnviertel, die es vorher noch mit viel sozialem und caritativen Gedröhn für unbewohnbar und gemeinschädlich erkärt und zum Abriß freigegeben hatte.
Die Bevölkerung der Neustadt, sofern sie nicht in den neuen Wohnhäusern Platz fand, wurde in die neu entstehenden Wohngebiete außerhalb Hamburgs (Borgfelde, St.Pauli) abgeschoben. Aus den neu errichteten Gebäuden in der Neustadt konnten die Eigentümer selbst dann noch erhöhte Renditen herausziehen, als die städtischen Zuschüsse für dieses Vorhaben letztlich verweigert wurden.
Daß die Renditemöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft waren, sollten die nächsten Jahrzehnte zeigen, als die Arbeiterklasse in der Hansestadt rapide anstieg. Waren 1885 erst ca. 18.ooo Personen in 685 Gewerbebetrieben beschäftigt, waren es zwanzig Jahre später schon 49.ooo in 2o65 Betrieben, im Jahr 1913 dann 11o.ooo in 6715 Betrieben. Und diese Menschen brauchten Wohnungen. Die Wohnraumfrage wurde zum zentralen Thema gewerkschaftlicher und politischer Organisationen der Arbeiterklasse.
Auf die städtische, genossenschaftliche, werksbezogene und privatkapitalistische Wohnungsbaupolitik soll hier im einzelnen nicht eingegangen werden, doch bewirkten die erlassenen Gesetze und Verordnungen im Vergleich zu den frühkapitalistischen Wohnungsbauten eine Verbesserung der Wohnungsqualität (Größe, Baudichte, hygienische Bedingungen). Die Ursache dafür dürfte in dem politischen Einfluß der organisierten Arbeiterklasse zu finden sein - und in dem Interesse des Handels- und Industriekapitals an bessere Reproduktionsbedingungen für ihre Arbeitskräfte.

- 1882 die bereis erwähnte Umsiedlung aus dem Hafenbereich (südliche Alttsadt);
- 1892 der Umbau und die Straßenneuführung in der nördlichen Neustadt (Kaiser-Wilhelm-Straße als Verbindungsstraße nach Altona) - die Planungen dazu hatten schon vor dem Ausbruch der großen Cholera-Epedimie 1892 begonnen;
- 19oo die "Sanierung" des Hafenbezirks der Neustadt; die Anzahl der Menschen, die dort neuen Wohnraum finden konnte, wurde um 7.ooo Personen reduziert; statt der Hafenarbeiter, die dort überwiegend gewohnt hatten, zogen nach der "Sanierung" hauptsächlich Beamte und kaufmännische Angestellte in die verteuerten Wohnungen;
- 19oo der Straßendurchbruch im Verlauf der Mönckebergstraße verbunden mit dem U-Bahn-Bau; statt Wohnraum entsteht in diesem Bezirk Altstadt-Nord ein Viertel mit überwiegender bis ausschließlicher Geschäfts- und Kontornutzung; die Wohnbevölkerung reduziert sich bis 191o um über 5o%,wobei sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzt.

Konsequenzen dieser Politik waren eine enorme Erhöhung der Renditen im Innenstadtbereich - Wohnen wurde dort nach und nach unmöglich gemacht. Die städtischen Randgebiete (Eimsbüttel, Barmbek, Hamm, Rothenburgsort, St.Georg, St.Pauli) wurden deshalb verdichtet mit Wohnungen für die arbeitenden Menschen bebaut - auch hier stiegen die Bodenpreise erheblich.
Der innenstädtische Bereich war damit vom Handels- und Bankenkapital zurückerobert und zum größten Teil von der Wohnbevölkerung befreit worden. Oder er war mit einer Wohnbevölkerung durchsetzt worden, die auf Grund ihrer Einkommenslage die höheren Mieten zahlen konnte und von ihrer sozialen Lage her als loyal eingeschätzt werden konnte.

dung" betonenden Vorzeichen wieder auf. Die Inangriffnahme der "Sanierung" erfolgte überwiegend aus politischen Gründen. Betroffen von diesen Maßnahmen waren ca. 12.ooo Menschen, die diesen Stadtteil verlassen mußten. Platz für 9.ooo Menschen sollte das Gebiet nach der "Sanierung" bieten - ihre soziale Zusammensetzung war verändert.
Weitere bevölkerungspolitisch orientierte "Gesundungsmaßnahmen für den Volkskörper" sollten nach soziologischen Untersuchungen, die das Arbeits-, Wohn- und politisches und soziales Verhalten der Bevölkerung umfaßten, folgende Gebiete erfassen: Neustadt, St.Pauli-Nord, St.Pauli-Süd, Uhlenhorst-Barmbek, Hammerbrook, Hoheluft, St.Georg-Nord und Rothenburgsort. Sie konnten aus finanziellen, rechtlichen und planerischen Gründen nicht durchgeführt werden: Der 2. Weltkrieg verlangte die Konzentration aller Mittel in die Rüstungsindustrie; die politische Baupolitik konzentrierte sich auf die Diskussion von Großprojekten ("Führer-Städte") - es sind viele Gründe, die die Faschisten an der Verwirklichung ihrer Ziele hinderte.

Wiederaufbau nach 1945

Die Kriegszerstörungen verlangten nach 1945 eine entsprechende Baupolitik: Als erstes ging es daraum, die Innenstadtbereiche von Hamburg und Altona wieder mit Wohnhäusern zu bebauen, da allein dadurch dem Hafenbetrieb und den Industriebetrieben im Hafen das notwendige Arbeitskräftepotential verkehrsgünstig zur Verfügung stand.
Gleichzeitig wurde eine staatliche Wohnraumbewirtschaftung eingeführt. Sie beschnitt zwar - zeitlich begrenzt - die Interessen des Renditekapitals erheblich,

und ihre Ausführung auf acht Jahre verteilt wurde. Trotz dieser Zeitverlängerung ist das Bestreben, die alte Bevölkerungsklasse in dem sanierten Gebiete festzuhalten, erfolglos geblieben. Auch in diesem Teil hat sich eine starke Abwanderung in andere Stadtteile vollzogen, und eine andere, bessergestellte Bevölkerungsklasse hat sich in dem neu aufgebauten Viertel niedergelassen.

Die Neufestlegung des Freihafengebiets 1882,die Vergrößerung des Hafens und die Vergrößerung entsprechender Industrieansiedlungsplätze führten nach den genannten Umbauten in der Alt- und Neustadt zu einer zweiten massenhaften Vertreibung der arbeitenden Bevölkerung aus ihren Wohnungen. 24.ooo Menschen werden umgesiedelt, und da es in der Innenstadt keine Unterbringungsmöglichkeiten für sie mehr gab, wurden sie in entferntere Stadtgebiete neu angesiedelt. Dies war aber nur der Beginn einer umfassenden Neubestimmung der Funktionen einzelner Stadtteile, einer Planung, die mit dem 1. Weltkrieg erst einmal ihren Abschluß fand:

- Der industrielle Produktionsbereich dehnte sich in damalige Stadtrandgebiete aus (Barmbek, Winterhude, Hammerbrook, Rothenburgsort) und nur Betriebe, die unmittelbar auf den Hafen und seine Zollvorteile angewiesen waren, blieben dort.
- Die Wohnbereiche der Arbeitskräfte grenzten unmittelbar an diese Gebiete an bzw. durchmischten sie.
- Der Stadtkern wurde zum Bereich der verstärkten Warenzirkulation und der zentralen Verwaltung ausgebaut.
- Der Straßenbau und der Eisenbahn-(Stadtbahn-)Bau wurde für die Zirkulation der Ware Arbeitskraft bzw. der Handelsware im Stadtgebiet und nach außerhalb optimiert.
- Der steuerkräftigen Oberklasse wurden gesonderte Wohnbereiche (Alstertal, Elbvororte) vorbehalten.

Diese geplante Neubestimmung des Stadtgebiets hatte die Umsiedlung großer Teile der Bevölkerung aus ihren Wohngebieten zur

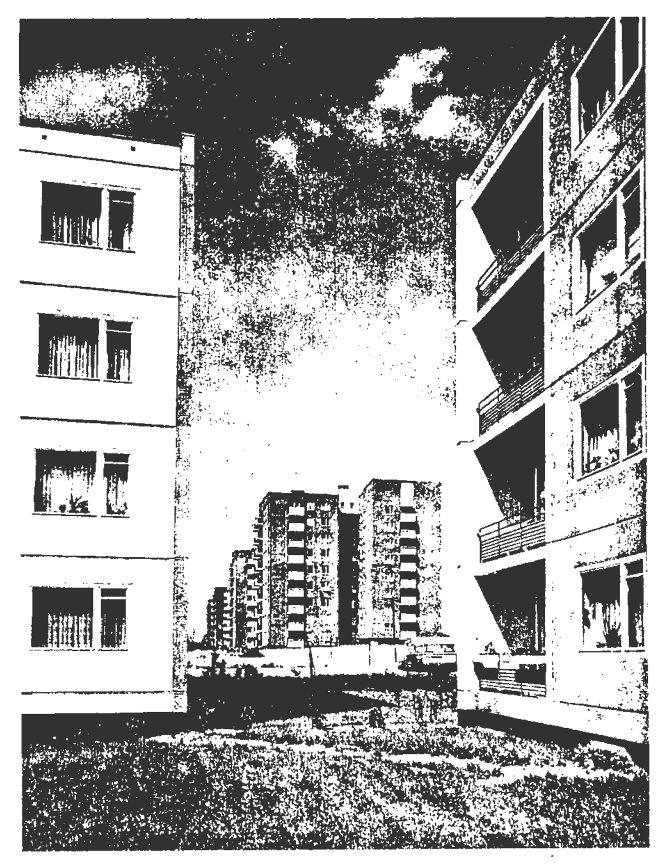
Nur wenige Straßenzüge waren bis zu diesem Zeitpunkt von den Neuordnungsmaßnahmen nuch unberücksichtigt geblieben. Die Planungen lagen indes schon vor.

In den nächsten Jahren halten sich die Ordnungspolitiker zurück - um 1933 einen neuen Anlauf zu nehmen.

Der 1. Weltkrieg führt zu einem Rückzug des privaten Kapitals aus dem Wohnungsbau; nach dem Weltkrieg taten sich daher besonders Wohnungsbaugenossenschaften im Wohnungsbau hervor - mit staatlicher Unterstützung. Die genossenschaftlich und sozialdemokratisch gesteuerte Bevölkerungspolitik war offen für die stadtplanerischen Diskussionen, die eine funktionalistische Wohngestaltung befürworteten. Es entstanden in diesen Jahren einzelne Bauprojekte (Jarrestadt, Dulsberg), aber zu groß angelegten "Sanierungs"-Maßnahmen langte die Finanzierung nicht.
Erst im Faschismus wurde wieder bevölkerungspolitisch und sozialpolitisch geplant und gehandelt. Dabei wurde auf alte Pläne zurückgegriffen, die bereits 1892 entstanden und teilweise durchgeführt worden waren: die Sanierung der Gängeviertel, als deren letzter Teil das Gebiet um die Wexstraße noch bis 1933 auf seine Lösung wartete.
Der 1. Weltkrieg hatte die Durchführung jener Sanierungsmaßnahmen verhindert, die Finanzknappheit und die bestehende Wohnungsnot ließ 1919 den Arbeiterrat vor dieser Aufgabe zurückschrecken, die Nationalsozialisten nahmen die Erörterung 1933 unter neuen politischen, die "Volksgesun-

war aber aus bevölkerungspolitischen Gründen notwendig. Darüberhinaus hatte sie die Aufgabe, die Reproduktionskosten der arbeitenden Bevölkerung, d.h. die Lohnkosten des produzierenden Gewerbes, während der Wiederaufbauphase der Indusrie, niedrig zu halten. Die Mieten konnten sich nicht über den Markt bestimmen, sondern wurden staatlich festgelegt.
Wurde in der Anfangsphase des staatlichen und von der Stadt geförderten Wohnungsbaus vorrangig Wert darauf gelegt, möglichst schnell den zerstörten Wohnraum zu ersetzen, ging es in einer anschließenden Phase planerischer zu. Diese Phase begann mit der schrittweisen Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung Anfang der 6oer Jahre. Ziel war es, stadt- und bevölkerungsplanende Konzepte umzusetzen.
Es ist dies die Zeit, in der erste Großraumsiedlungen an den Rändern der städtischen Metropolen gebaut wurden, in Hamburg in Hohenhorst (Wandsbek) z.B., deren Bau 1959 begann. Diese Siedlungen entsprachen dem Hamburger Stadtaufbauplan von 195o, derfür die neue Stadt die alten Prinzipien vorsah, Wohnen und Arbeiten der Bevölkerung räumlich deutlich voneinander zu trennen.
Die großen Industrieanlagen sollten regional zusammengefaßt und in möglichst geschlossenen Gebieten verkehrstechnisch an die Arbeitskraft- und Warenzirkulation angebunden werden. Das Kleingewerbe sollte in Gewerbehöfe organisiert werden und über die Wohngebiete verteilt seinen Platz finden. Die Innenstadt blieb dem Handelskapital überlassen.

Folge: S. 17



Der Hohenhorst-Siedlung folgten in den sechziger unmd siebziger Jahren weitere randstädtische Wohnraumanlagen: Horn, Billstedt, Osdorfer Born, Lurup usw. Erst die Aufgabe des Projekts Billwerder-Allermöhe Mitte der siebziger Jahre leitete das Ende dieser Wohnungspolitik ein.

Gesucht: Neue Ideen für eine Stadtplanung

Zu dieser Zeit war den Stadtplanern schon klar geworden, daß ihre Vorgaben für die Stadtentwicklung nicht mehr griffen.
Wesentliches Moment war, daß die ökonomische Entwicklung an der Wirtschaftsregion Hamburg vorbeilief. Ein Rückgang der wirtschaftlichen Wachstumszahlen war zu beobachten, die ersten Anzeichen einer strukturellen Krise der in Hamburg ansässigen produzierenden Industrie wurde deutlich.
So stellten die Stadtplaner 1965 die Forderung auf, daß eine Stadtplanung sich nicht auf eine Koordination divigierender Interessen von Industrie, Handel, Bodenkapital und Wohnbevölkerung beschränken düfte, sondern daß sie wirtschaftliche und soziale Zielvorgaben entwickeln müßte. Das hieß:

- Ansiedlung wachstumsstarker Industrien auf noch zu erschließendem Gelände;
- Bereitstellung entsprechenden Wohnraums für die arbeitende Bevölkerung;
- Schaffung neuer Zentren, in denen der Warenumschlag für die Bevölkerung konzentriert werden konnte, die in die Stadtrandsiedlungen abgewandert war (zentrale rte);
- Reorganisation der Innenstadt: Auslagerung der öffentlichen und privaten Verwaltungen, für die die zentrale Lage von untergeordneter Bedeutung ist, und Entwicklung dieser Innenstadtzone für die Unternehmen, die auf sie angewiesen sind;
- Reorganisation des Warenumschlags der Innenstadt und Belebung des sozialen Umfelds (insbesondere bevölkerungspolitisch)

Es ging also um eine Gesamtplanung für den städtischen Bereich, deren Realisierung nur noch gesetzlich abgesichert werden mußte - schließlich wurden die Kapitalinteressen der privaten Grund- und Hausbesitzer unmittelbar davon berührt. Das Bundesbaugesetz und das Städtebauförderungsgesetz von 1971 schufen die entsprechenden Grundlagen. Das Privateigentum sollte im Wesen nicht angetastet werden, wohl aber die Art und Weise der Nutzung von Häusern und Grundstücken - wobei teilweise Enteignungen nicht ausgeschlossen werden konnten. Das war der Fall, als im Zuge der Industrieansiedlungspolitik im Hafenerweiterungsgebiet erneut ganze Wohngebiete aufgelöst und die Bevölkerung umgesiedelt wurde (Altenwerder, Moorburg) - insgesamt waren ca. 5.ooo Menschen davon betroffen.

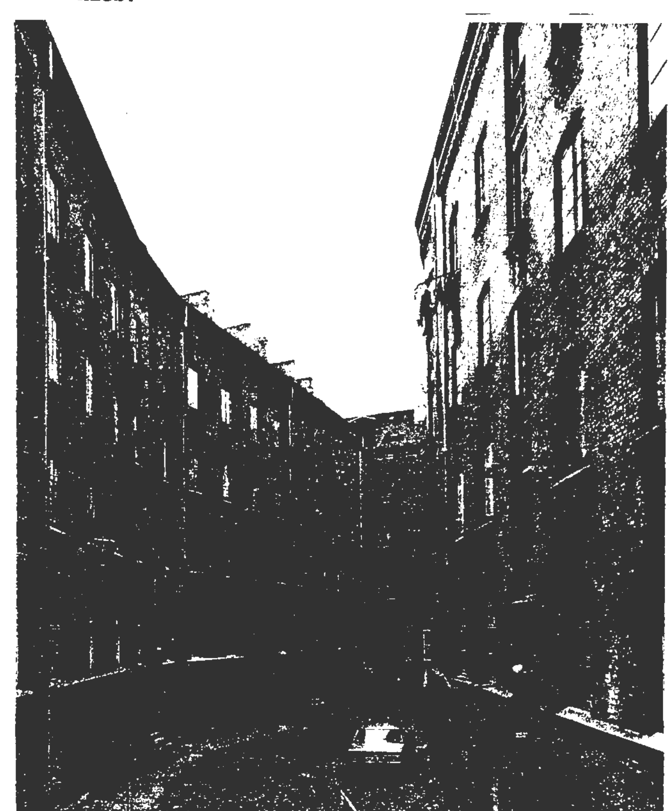
Schwerer ließ sich die Umgestaltung des Innenstadtbereichs an. Nach dem Kriege war sein Aufbau in der Regel nach den vorhandenen Infrastrukturen erfolgt. Es war vom Kapitaleinsatz billiger, teilzerstörte Gebäude zu erneuern, als sie abzureißen und neu aufzubauen. Nur wenige Beschränkungen konnten von der Stadt durchgesetzt werden, so die Aufgabe der früheren Wohnbezirke in Hammerbrook und ihre Freigabe zur Industrie- und Gewerbeansiedlung. Andere Gebiete (Altona-Nord) wurden flächenmäßig neu geplant und wiederaufgebaut. Im Großen blieb aber die Struktur bestehen, so daß schon die verkehrsmäßige Querverbindung der Stadtteile Altona und Wandsbek durch eine Ost-West-Radiale bis heute erhebliche Schwierigkeiten bereitet.
Grenzen in der Umgestaltung der Innenstadtbereiche setzen den Planern besonders das in viele Einzel-Häuser und -Grundstücke zersplitterte Bodenkapital. Da die einsetzende Verschuldung der Stadt ihr die Finanzierung von großflächigen Aufkäufen verhinderte, blieben nur planunspolitische und finanzielle Beihilfen übrig, um den Privateigentümern wie auch den neu entstandenen Wohnungsbaugenossenschaften (Neue Heimat) die "neue" Innenstadt schmackhaft zu machen - insbesondere aber die Aussicht, durch eine Neubestimmung der Innenstadtnutzung eine Wertsteigerung der Grundstücke und Häuser zu erzielen.
Das Unternehmen Hamburg nahm seinen Betrieb auf.

HANDEL UND WANDEL IN DER INNENSTADT

Die Innenstadt als Zentrum der Handelsaktivitäten - Die City verödet - Wer wohnt noch in der Innenstadt, wer sollte dort eigentlich wohnen? - Über den Austausch von Bevölkerungsgruppen

Die Ökonomische Entwicklung Hamburgs tendiert dahin, daß der Waren produzierende gewerbliche Sektor im Verhältnis zum Dienstleistungssektor (Handel, Finanz, Kommunikation, Service) an Bedeutung verliert. Das trifft auf die Bruttowerte zu, die erzeugt werden, und auf die Zahl der Arbeitskräfte, die in ihm beschäftigt werden. Die Aktivitäten der Dienstleistungsunternehmen werden dagegen zunehmen. Da für den überwiegenden Teil von ihnen die Standortfrage von höchster Bedeutung ist, werden sie in dem Bereich der inneren Stadt eine Niederlassung suchen.
Hamburg ist im Laufe der Jahrzehnte zum zentralen Versorgungsort des Umlandes geworden (Metropole), besonders bei den Dienstleistungen des Handels, aber auch für andere Sektoren: Medien, Kommunikation, Bildung usw.
Für den Handel gilt, daß seine beste Lagequalität im Schnittpunkt der Hauptverkehrslinien liegen. Die vorhandene Infrastruktur in der inneren Stadt wurde daher den Bedürfnissen des Handelskapitals angepaßt und ausgebaut.
Die innere Stadt birgt für ihre Nutzer darüberhinaus sogenannte Fühlungsvorteile, d.h. Kosten- und Zeitersparnisse infolge räumlicher Nachbarschaft. Auch das bestärkt die Tendenz der Dienstleistungsunternehmen, sich in der inneren Stadt niederzulassen.
Da der Bereich der inneren Stadt räumlich begrenzt ist, ergibt sich die Notwendigkeit, ihn so funktional wie möglich zu gestalten
- unter den Kapitalgruppen einerseits,
- durch Aufhebung nicht innenstadt-spezifischer Nutzung andererseits.

Eine entsprechende Umorganisierung der inneren Stadt verläuft über den Markt, d.h. über Angebot und Nachfrage nach Baugrund und über die Preisgestaltung für die Gebäudenutzung, aber auch durch planerisches Eingreifen der politischen Verwaltung.
Untereinander wurden sich die Kapitalgruppen einig, daß nicht alle ihrer Tätigkeiten an dem zentralen Ort der City stattfinden müssen. Reine Verwaltungstätgkeiten z.B. konnten ausgegliedert werden. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wurde die City Nord konzipiert und Unternehmen für Büroraum zur Verfügung gestellt.
Die Bevölkerungswanderung aus der Stadt heraus als Folge der Wohnungsbaupolitik, Wohnraum am Stadtrand zu errichten, schuf für das Handelskapital die Notwendigkeit, neue Warenzirkulationsplätze zu bauen. Ebenso ergab sich für die politische Stadtverwaltung der Zwang, die Verwaltung zu dezentralisieren. Durch eine Politik der "zentralen Orte" wurden in bevölkerungspolitisch festgelegten und nach ihrer Kaufkraft berechneten Wohngebieten neue Zentren errichtet, die diesen beiden Bedürfnissen nachkamen. Die EKZ entstanden (Hamburger Straße, Alstertal u.a.)
Die innere Stadt in Hamburg behielt ihre zentrale Stellung auch unter den "zentralen Orten" bei - bei aller Konkurrenz, die gegeneinander entstand. Eine zeitweilige Schwächung der Warenzirkulation im Einzelhandel und in den Warenhäusern machte für die innere Stadt jedoch ein Umdenken notwendig.Neben einer Aufwertung ihres kommunikativen Charakters (Kultur- und Unterhaltungsveranstaltungen) wurden stadtplanerische Maßnahmen ergriffen, die den Warenumschlag erhöhten: Fußgängerzonen wurden eingerichtet (Spitaler Straße, Rathausplatz).
Um ihre herausragende Stelle in der Hierarchie der Einkaufszentren auszubauen, setzte das Handelskapital verstärkt auf den Umsatz von qualitätsmäßig höhere, damit auch teuere Waren und auf das verstärkte Angebot von Waren des sogenannten "aperiodischen Bedarfs", d.h. es wurden weniger Waren des alltäglichen Bedarfs



Jägerpassage vor dem Abbruch der Nordterrasse 1982

angeboten. Die Aufgabe, die Bevölkerung mit diesen Waren zu versorgen, sollte mehr und mehr den regionalen Zentren überlassen bleiben.
Die Konzentration hochwertiger Konsumgüter in der inneren Stadt, hier: der City, verlangte auch neue Verkaufsformen. Die Handelskapitale bauten ihre Geschäfte um, in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung wurden neue Warenumsatzplätze entwickelt, die Einkaufspassagen (Hansa-Passage, Gerhof u.a.).
Folge dieser Neuorganisation des Warenumsatzes in der inneren Stadt war eine Veränderung der Käuferstrukturen. Insbesondere die neuen Einkaufspassagen werden als "Orte der Selbstdarstellung der oberen Mittelschicht in der Bevölkerung" wahrgenommen. Die City betreibt also punktuell eine soziale Differenzierung in ihrer Nutzung.
In Zusammenarbeit mit der politischen Verwaltung wurde von Vertretern des Kapitals (der Handelskammer z.B.) eine den neuen Ansprüchen genügende Nutzungskonzeption der Flächen ausgearbeitet, die bisher keiner innenstadt-spezifischen Nutzung unterlagen. Es waren dies überwiegend Flächen, die zum Wohnen oder von Kleingewerbe belegt waren.
Nach dem Kriege waren schon Flächen, auf denen zerstörte oder teilzerstörte Wohnungsgebäude standen, teilweise zur Büronutzungfreigegeben worden; dies betraf insbesondere die Stadtteile Altstadt und Neustadt. In den siebziger Jahren wurde der Stadtteil St.Georg zur gemischten Nutzung von Dienstleistungen und Wohnen bestimmt; ebenso wurde mit Teilen von Altona-Nord und Altona-Altstadt verfahren.
Die derzeitig in der Öffentlichkeit diskutierten gesellschaftlichen Konfliktpunkte in Ottensen (Filmmedien), St.Pauli-Süd (Vergnügungsgewerbe), St.Pauli-Nord (Messegelände, Kultur- und Unterhaltungsgewerbe) können dieser langfristig geplanten Ausweitung des Dienstleistungsbereichs aus dem Bereich der Innenstadt (City) in die umliegenden Gebiete der inneren Stadt zugeordnet werden. Zwar spricht sich das Stadtentwicklungskonzept des Senats von 198o nicht im Detail über die Nutzung jedes einzelnen Gebäudes aus. Hier setzt man immer noch auf die marktwirtschaftlich orientierte Privatinitiative. Aber "Ziel hamburgischer Kulturpolitik ist es, jene Aktivitäten weiter zu entwickeln und zu verbessern, mit denen neue kulturelle Bedürfnisse angesprochen und befriedet werden" - und wenn die City für derartige Vorhaben dicht ist, bleiben nur die angrenzenden Bereiche der inneren Stadt.

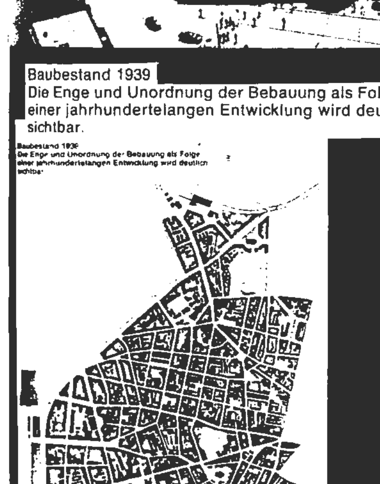
Die Bewohner stören

Hindernisse für diese Nutzung stellen die bestehenden Wohngebiete bzw. ihre derzeitigen Bewohner dar. Die Bevölkerungspolitik in den Nachkriegsjahrzehnten hat große Teile der ehemaligen Innenstadtbewohner an den Stadtrand in die Neubauzentren umziehen lassen.
Zurück blieb ein Personenkreis, der nach übereinstimmenden Analysen von Soziologen und Statistikern als einkommensschwach zu gelten hat,, in schlecht bezahlten, lohnabhängigen Positionen arbeitet oder aus Altersgründen nicht mehr arbeitet. Der Innenstadtbereich besitzt mit den Stadtteilen Altona, St.Pauli, Neustadt bis hin nach Billbrook und Moorfleet die Gebiete der Stadt, in denen durchschnittlich das geringste Bruttolohn-Einkommen pro erwerbstätige Person zu verzeichnen ist. In den gleichen Stadtteilen ist der Anteil an alten Menschen überdurchschnittlich hoch - und in eben diesen Stadtteilen ist die höchste Konzentration von ausländischen Arbeitskräften mit ihren Familien zu verzechnen.
Die Wohnbedingungen in diesen Stadtteilen haben sich über die Jahre absolut verschlechtert. Der Wohnungsbestand, der während des Kriegs unzerstört geblieben war, wurde nach 1945 unzureichend instand gesetzt. Gründe dafür waren die staatliche Wohnraumbewirtschaftung (niedrige Renditeerwartungen für die Hauseigentümer) und die Planungen der Stadt, diese Gebiet flächenmäßig zu "sanieren".
Die Wohnungspolitik verschlechterte sich auch im Vergleich zu den errichteten Neubausiedlungen, da in den Altbauwohnungen über Jahrzehnte keine Modernisierungen vorgenommen wurden. Das unterstützte für eine gewisse Zeit die Bevölkerungspolitik der Stadt in einem sich hochschaukelnden Prozeß, die Innenstadt von der Wohnnutzung zu befreien.
Allerdings wanderten aus diesen Stadtteilen, deren Wohnungssubstanz und soziale Zusammensetzung als "niedrig" eingestuft wurde, vorrangig die finanziell besser gestellten Haushalte (junge Familien) und Angehörige "höherer sozialer Schichten" in die Randbezirke der Stadt ab - zurück blieben die "sozial Schwachen".
Das schuf neue Probleme. Die "Überalterung der Innenstadtbereiche" wurde festgestellt. Außerdem änderten sich die Vorstellungen, wie die Innenstadt am besten zu nutzen sei.
Diese Entwicklung bestärkte die Grund- und Hauseigentümer darin, mit ihrem Eigentum zu spekulieren. Bei ständig steigender Nachfrage nach gewerblich nutzbarem Boden konnten sie ihre Häuser den überwiegend in die Innenstadt drängenden Dienstleistungsunternehmen zu besten Bedingungen andienen.
Aber hatte schon die Abwanderung der Bevölkerung in die Wohnsiedlungen am Stadtrand Konsequenzen für die Umsätze des Handelskapital, so stärkte die Zunahme von Büro- und Verwaltungsgebäuden die Verödung der inneren Stadt (mit Auswirkungen auf ihre Attraktivität für Konsumenten, d.h. auf die Kaufkraft). Und: Die Veränderung der umliegenden Wohngebiete in St.Georg, St.Pauli, Neustadt usw., d.h. deren - nach Kriterien dieser Gesellschaft - niedrige soziale Wert, wirkte sich ansehensmäßig auf die innere Stadt aus. Die in diesem Gebiet wohnende Bevölkerung hatte kaufkraftmäßig immer weniger Bedeutung für den spezialisierten Einzelhandel der Innenstadt. Diese Situation verlangte nach einer Änderung.

GEWOS contra soziale Erosion

Seit Mitte der siebziger Jahre werden die Politiker der Stadt nicht müde, den Prozeß der "sozialen Erosion", wie sie es nennen, aufhalten zu wollen. Es geht ihnen konkret darum, die Innenstadt nach ihrer Bewohnbarkeit zu überprüfen - unter Aufgabe älterer Planungen, großflächige Neuordnungen (Flächensanierungen) durchzuführen. Die Infratsruktur der Wohnviertel sollte - bei Anbindung an das Dienstleistungsgewerbe der Innenstadt - erhalten, die Wohnungsqualität verbessert oder erneuert, das Wohnumfeld durch neue Verkehrsplanungen und der Schaffung von Frei- und Grünflächen verbessert werden. Und natürlich ging es auch um die Bevölkerung in diesen Stadtteilen: Ihre soziale Zusammensetzung sollte verändert werden.
Welche Richtung eingeschlagen werden sollte, zeigt eine Untersuchung auf, die von der GEWOS 1975 erstellt wurde.
Die GEWOS, ein Ableger der Wohnungsgesellschaft Neue Heimat, zeichnet sich als Vertreter einer sozialplanerischen Bevölkerungspolitik aus, wie sie auch von der Sozialdemokratie vertreten wird. Die Neue Heimat war zu jenem Zeitpunkt in eine Expansionsphase gekommen, in der es galt, nach dem Bauboom der 6oer Jahre im Wohnungsbau sich auf dem Baumarkt Anschlußaufträge zu sichern. Nur umfangreiche Stadterneuerungsmaßnahmen boten diese Möglichkeiten. Die GEWOS vertritt also mit ihrer Studie erhebliches Eigeninteresse.
Die GEWOS erkennt in ihren Untersuchungen bei Teilen der Bevölkerung ein eindeutiges Interesse, in der Innenstadt wohnen zu wollen - selbst bei denen, die bisher nicht dort gewohnt haben. Etwas konsterniert muß sie jedoch feststellen, daß es überwiegend "Angehörige der 'unteren' sozialen Schicht" sind, die in diese Geiete ziehen wollen - weil es da billigeren Wohnraum gibt und sie bekannte Sozialfor-

Baubestand 1939
Die Enge und Unordnung der Bebauung als Folge einer jahrhundertelangen Entwicklung wird deutlich sichtbar.



Baubestand 1945 (Kriegsende)
Baubestand 1955
Neubauten von 1945–1955 (Beginn der Bausperre)

PROGRAMMPLAN NEU-ALTONA

men wiederfinden. Die einkommensstarken Schichten und "Angehörige der 'gehobenen' Berufe" tendieren dagegen mehr in Wohngegenden am Stadtrand.
Dem müsse entgegengewirkt werden, denn nur über eine "Veränderung der Sozialstruktur dieser Gebiete ... durch eine gewisse Umschichtung der Bewohnerschaft" könne es "zur Sicherung der langfristigen Wohnnutzung" kommen. Sonst würden die Wohngebiete weiter "sozial erodieren", letzlich veröden und den Dienstleistungsunternehmen, die die höchste Mietzahlbereitschaft aufweisen, in die Hände fallen.
Für die Innenstadt soll deshalb eine neue Wohnungspolitik betrieben werden. Generell gilt, daß die potentiell vorhandenen Interessenten an Neubauwohnungen in der Innenstadt auch eine hohe Mietzahlbereitschaft bekunden - wenn die Wohnung und das Wohnumfeld ihren Ansprüchen genügt. Diese vorhandene Mietzahlbereitschaft muß "mehr als bisher in Rechnung gestellt" werden, zumal es sich hier um einen anderen (einkommensstarken, jüngere Haushalte umfassenden) Personenkreis handelt, als der, der zur Zeit in den Innenstadtbezirken woh t.
Entsprechend gelte es, die vorhandenen Altbauwohnungen so herzurichten, daß sie für einkommensstarke Pesonenkreise interessant werden. Bei Modernisierungs-Zuschüssen durch die Stadt könne durchaus die dann bindende Mietobergrenze für Sozialwohnungen überschritten werden - bis zu einer neu festzulegenden Obergrenze für geförderten Wohnungsbau in der Innenstadt. Im übrigen sollen Wohnungssubventionen für die Bewohner dieser Wohnungen (Wohngeld) nur dann bewilligt werden, wenn sie "wachsende Einkommen verzeichnen können, d.h. wenn die derzeitigen Bewohner in etwa die gleiche Sozialstruktur aufweisen, wie die potentiellen Interessenten nach citynahen Neubauwohnungen." Sozialplanerisch heißt das letztlich, daß Wohngelder für die erwartenden hohen Mieten in Neu- und Altbauen nur an einen bestimmten Personenkreis gezahlt werden, "wenn die Stadt aus stadtentwicklungspolitischen Gründen eine Veränderung der Sozialstruktur in diesen City- und citynahen Gebieten für erforderlich hält. D.h. wenn die Stadt z.B. einen Austausch von einkommensschwachen, immobilen Mietergruppen durch einkommensstärkere und mobile Gruppen in den citynahen Gebieten begrüßen würde."

Darüber, wo die "einkomensschwachen" Bewohner bleiben sollen, schweigt sich die Studie aus.
Eine GEWOS-Studie macht noch keine Senatspolitik. Daß aber die Richtungsweisung der Studie mit der Stadtentwicklungspolitik Berührungspunkte hat, zeigen die "Leitgedanken für Stadtteile der inneren Stadt in Hamburg" der Baubehörde auf, die zwei Jahre später veröffentlicht wurde.

Senat contra soziale Erosion

Dort heißt es, daß "das Wohnen ... auch künftig noch eine wichtige Funktion der inneren Stadt bleiben (soll). Dieses ist nicht allein ein Ziel für die örtliche Bevölkerung. Es besteht ein gesamtstädtisches Interesse am innerstädtischen Wohnen... denn die großstadttypische Wohnweise in Zentrumsnähe, die gute Lage im Verkehrsnetz, sowie die Vielfalt der baulichen Nutzung und die Intensität des Lebens in der Öffentlichkeit werden weiterhin gefragt bleiben." Es gilt also "die Anzahl der Wohnungen zu erhalten, die Wohnqualität zu verbessern und damit das Image eines Wohnstadtteils zu gewährleisten bzw. zu verbessern."
Daß das nicht ohne Konflikte ablaufen wird, ist der Baubehörde bekannt. Konflikte wird es geben
- bei den zu erwartenden Kosten bzw. deren Umwälzung (Mieten),
- bei dem Ziel, "keine überalterte Bevölkerung und keine soziale Problemgruppen im Stadtteil zu haben",
- bei der Frage, "ob man das Ziel erreicht,alle Einwohner im Gebiet zu halten.

Entsprechend lauten die Äußerungen von Stadplanern und Politikern, wenn sie davon sprechen, die "Verslumung" der Innenstadtgebiete müsse aufgehalten und ihre "Revitalisierung" in Gang gesetzt werden. Die Reihe der Äußerungen ist lang, sie soll hier nicht weiter aufgelistet werden.
Es wäre jedoch vermessen, die Politik der Innenstadterneuerung auf die Besorgnis der Stadtväter um ihre gute Stube zurückzuführen. Der ökonomische Faktor spielt natürlich die entscheidende Rolle.
Erklärtes Ziel aller Politiker war es und ist es auch heute noch, die für das Steueraufkommen, als Arbeitskräfte für den Arbeitsmärkt und als Kaufkraftpotential besonders wichtigen Bevölkerungsgruppen wohnungspolitisch zu befrieden. Dabei müssen veränderte Wohnungswünsche berücksichtigt, der Negativeffekt der Großsiedlungen am Stadtrand aufgefangen und Wohnalternativen entwickelt werden.
Der Wohnungsbau zeigte Anfang der siebziger Jahre jedoch Stagnationstendenzen, die Baupreise schossen in die Höhe, eine Subventionierung des Wohnungsbaus wurde immer teurer - innerhalb weniger Jahre erhöhte sich pro Wohneinheit der öffentliche Darlehensbeitrag um das Dreifache. Unter diesen Bedingungen einen Wohnungsbau zu unterstützen, der durch hohe Grundstückspreise der Innenstadt noch weiter belastet wird, wurde für die Subventionierung aus öffentlichen Mitteln immer schwieriger

Eine Möglichkeit bot sich jedoch in den vorhandenen Altbauwohnungen an, deren Anpassung an "neuzeitliche Wohnbedürfnisse" bedeutend weniger Kapital erforderte. Mit einem gleichen Förderungsvolumen könnte so eine viel größere Zahl von Wohnungen für die genannte Zielgruppe, den einkommensstarken, höher qualifizierten Arbeitskräften angeboten werden: "Wohnungsmodernisierung ist eines der wichtigsten Instrumente für die Stadtteilentwicklung," heißt es entsprechend im Stadtentwicklungskonzept von 198o.
Die Projekte der Flächensanierung bzw. Totalsanierung (Abriß/Neubau) waren aufgegeben worden, "Sanierung" und die "Stadterneuerung in kleinen Schritten" wurden auf die Fahnen geschrieben. Stadtteile erhielten die Sanierungsprioritätenstufe 1 - dazu gehören Ottensen, St.Georg - und St.-Pauli.



Über den Umbau von St.Pauli soll in einem weiteren Beitrag berichtet werden. Dabei sollen auch die neuesten Pläne berücksicht werden, die eine Einbindung dieses Stadtteils in die Planungen für die Olympischen Spiele im Jahre 2oo4 vorsehen. Außerdem soll in einem Literaturbericht die Literatur vorgestellt werden, die zu diesem Artikel verwandt wurde.



Ich danke 1. F , daß er die Idee zu dem ausgezeichneten Essen hatte, 2. denen, die das Essen zubereitet haben.

DROGENPOLITIK IN HAMBURG

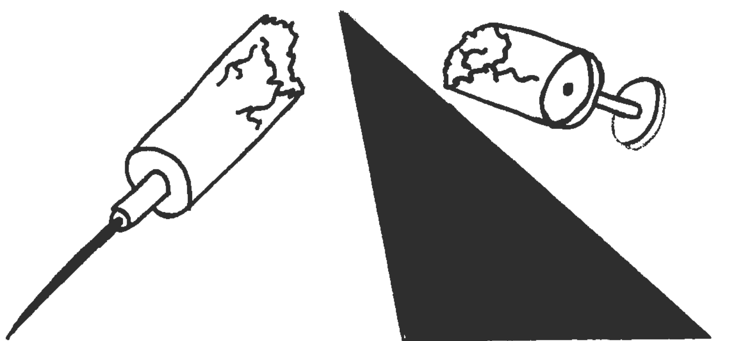
Harte Drogen oder O'Leary hat vergessen was zu beschreiben

Gibt es ein neues Drogenproblem ? Warum starten Morgenpost, "Bild" und andere bürgerliche Kreise jetzt durch zur Kampagne gegen illegale, harte Drogen ?
Was soll die Methadondiskussion jetzt ?
Inwieweit hat die linke Szene damit zu tun ? Und viele andere Fragen...

Ich selbst, eher unbewandert bei harten Drogen und der Slangsprache der Junkies kaum mächtig, habe versucht einige Fragen zu beantworten.
Dies mit Hilfe eines Mitarbeiters einer Selbsthilfeorganisation und zwei Konsumenten harter Drogen.

Marktwirtschaft und Drogen

Für einen Bauern in einem 3.Welt Land ist es alle mal lukrativer Opium anzubauen als Weizen, Hirse oder Mais. Zwar macht er nicht den großen Reibach, den machen Aufkäufer und Zwischenhändler, aber immer noch besser diese Monokultur als verhungern.



-->

WARNUNG!

Beliebte Anbauländer sind jene Länder in denen ohnehin politisches und wirtschaftliches Chaos herrschen, d.h. z.B. Bürgerkrieg. Hier gibt es keine Kontrolle mehr. Beste Beispiele sind Südostasien und Süd- und Mittelamerika. Kolumbien ist ein klassisches Beispiel, wo die faktische Entscheidungsmacht im Lande bei den großen Drogenringen liegt und wer aufmuckt landet als Leiche in der Gosse.
Eine existierende Zentralmacht ist allerdings oftmals keine Alternative, da viele Regierungen/Militärdiktaturen ihren Staatshaushalt über die Beteiligungen am Drogenhandel finanzieren.
So hat der Iran einen Teil seiner Ausgaben für den Golfkrieg über den Drogenhandel finanziert.
Einen Anbau gibt es nur wenn es auch einen Markt gibt der satte Gewinne verspricht. Dieser besteht hauptsächlich in den USA, Kanada und Westeuropa.
Jeder von uns kennt wahrscheinlich Hasch oder Dope, die jahrelang die Hauptbestandteile des bundesdeutschen Drogenmarktes waren.
Sie haben zwei große Nachteile: Erstens ist die Einfuhr in großen Mengen aufgrund des Volumens sehr riskant und zweitens, [illegible]scheidend[illegible] [illegible]eblich—n[illegible] bei [illegible] Kokain.

<u>Mehr Tote warum ?</u>

Es gibt heute wesentlich mehr harte Drogen auf dem Markt als früher. Der Preis pro Konsumeinheit ist sogar gefallen.
Heute sind wir bei 45 Drogentoten in Hamburg angelangt. Dazu kommt eine Dunkelziffer von Toten, die an Herz-Kreislaufversagen etc. gestorben sind, neben denen aber kein Besteck gefunden wurde. Sie starben zwar am Drogenkonsum, gehen aber nicht in diese Statistik ein.
Durch die erhöhte Menge harter Drogen kommt auch reineres Zeug in den Verkauf. Jahrelange Konsumenten, nicht an reines Zeug gewöhnt, durch Abzeße, Venenentzündungen und Gelbsucht geschwächt bekommen eine Überdosis und sterben an Atemlähmung. Eine andere Ursache ist die Streckung von Heroin mit Strychnin. Der Tod tritt durch Vergiftung ein.
Ein weiterer Grund ist das immer mehr Hartdrogenkonsumenten auch alle anderen erreichbaren Drogen wie Tabletten und Alkohol gleichzeitg einwerfen. Das hält natürlich kein Körper lange durch.
Der vielleicht gravierenste Punkt jetzt und in Zukunft wird wohl die hohe AIDS-Infektionsrate unter Fixern sein.
Ein AIDS geschwächter Körper hält Hartdrogenkonsum natürlich noch viel weniger stand als ein vorher halbwegs gesunder.

Bei Frauen ist die Pr[illegible]er- breitet. D.h. auch [illegible] so oft mit dem Gesetz i[illegible]ben unauffälliger und lan[illegible] im Knast.

<u>Staatspro[illegible]</u>

Wird ein Junkie wegen [illegible]oder anderer Delikte verhaf[illegible] zumeist mit einer Abstin[illegible]d.h. entweder Knast oder eine Therapie.
Über Knast wollen wir hie[illegible]reden, bleibt die Therapie.

Entscheidet sich ein Junkie für die Therapie so kommt er zumeist ins KH Ochsenzoll auf Entzug, ca. 2-3 Wochen bis er clean ist. Dies geschieht mit Polamidon-L. Dann kommt der Junkie in die Therapie.

HEROIN

Hamb[illegible] Umschlagsplatz für [illegible] Drog[illegible] für Westeuropa, al[illegible] für [illegible]
In H[illegible]es schätzungsweise [illegible] Kons[illegible]er Drogen. Umsatzvo[illegible] von, [illegible] 300 bis 600 Mil[illegible] Mark[illegible]in Kilo Heroin di[illegible] Gren[illegible]sein Wert von 7[illegible] 1000[illegible] beachtlicher Prof[illegible]

<u>Der staatliche Kampf gegen den Drogenhandel</u>

Es wird geschätzt, daß die von der Bullerei abgefangenen Menge an harten Drogen ungefähr 2 bis 5% der Gesamtmenge an eingeführtem Stoff ausmacht.
Erwischt werden fast ausnahmslos Kuriere, Kleindealer, die oft selbst Konsumenten sind oder Verbraucher. An die Hintermänner gibt es so gut wie kein herankommen.
Selbst Erfolge der Fahndung entstehen oft durch Tips aus der konkurrierenden Drogenszene oder bei einer Überproduktionskrise des Marktes, wo der Bullerei die Aufgabe zukommt durch die Herausnahme eines Teils der Drogen die Preise zu stabilisieren.

<u>Folgekriminalität und Prostitution</u>

Nun braucht der Junkie zur Finanzierung seiner Sucht nicht ganz unerhebliche Geldmengen.
Zuerst werden meist Freunde beliehen, abgelinkt und beklaut um den Konsum zu finanzieren. Dies führt zumeist zum Verlust der Freunde und zur Vereinzelung.
Soziale Kontakte zerbrechen, einzige Kontaktpersonen bleiben oftmals andere Junkies oder der Dealer.
Es gibt nur wenige, die ihren Drogenkonsum längere Zeit geheimhalten können.
Es folgt aufgrund gesteigertem Bedarfs nach harten Drogen der Weg in die Kriminalität oder Prostitution.
Bei Männern ist es zumeist die Kriminalität, Diebstähle, Scheckbetrug, Autoknakken und kleinere Überfälle. Dazu kommt die Betätigung als Kleindealer. Der Konflikt mit dem Knast ist vorprogrammiert.
Männliche Prostitution kommt vor, ist aber vergleichsweise selten, zumal Heroin bei längerem Konsum auf die Potenz schlägt.

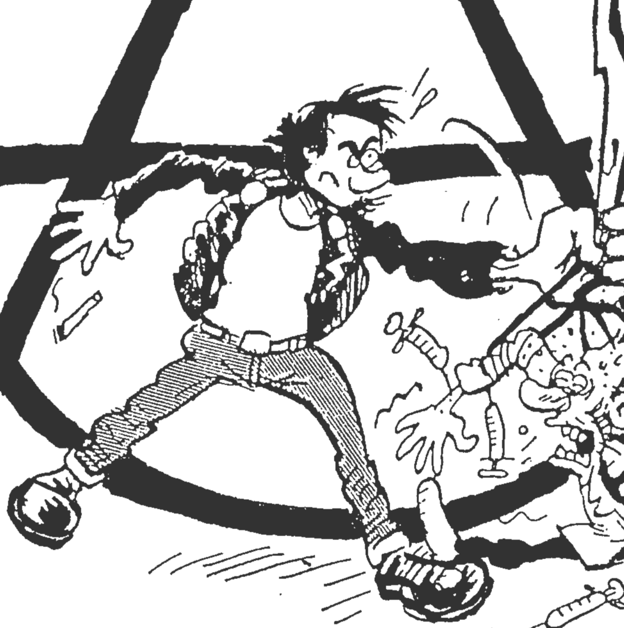
Diese Therapieeinrichtungen sind nun sehr unterschiedlich und verfolgen sehr unterschiedliche Konzepte.
Von naziähnlichen Methoden wie in Breuel (Hamburg hat dort 23 Plätze "angemietet"), nach dem Motto der Junkie ist der letzte Dreck, sein Charakter ist schlecht, der muß gebrochen werden und dann kann man ihn wieder neu aufbauen, über Jugend hilft Jugend mit ihren Wohngruppen bis hinzu Anhängern der medikamentös gestützten Therapie (Methadon, Remedacen) und Befürwortern der Entkriminalisierung von harten Drogen.
95% der Junkies die eine Abstinenztherapiedurchgemacht haben werden wieder rückfällig.
In Hamburg gibt es momentan, in verschiedenen Einrichtungen, 200 Plätze in der Abstinenztherapie und rund 200 Junkies diesich, teilweise illegal, in der medikamentös gestützten Therapie mittels Polamidon und Ramedacen befinden.
Ramedacen hat den Vorteil das es über den Schwarzmarkt zu bekommen ist und die Kapseln zuhause genommen werden können.
Die Anonymität bleibt gewahrt.

Sieht mensch davon ab, daß von den Therapien noch nicht einmal 10% der Betroffenen erreicht werden und viele der Einrichtungen schlecht sind, bleiben die Fragen nach einem psycho-sozialen Begleitprogramm. Und da sieht es nun ganz schlecht aus. Seien es Ausstiegsprogramme für Prostituierte, Wohnungsbeschaffung für obdachlose Junkies (Wohnungslose Junkies werden in Kiezpensionen eingewiesen und sind da natürlich wieder voll in der Szene), Arbeitssuche, Schul- und Berufsausbildung oder Sozialhilfe (der Mehrbedarf für HIV-Infizierte Junkies wurde gestrichen). Die beste Therapie nützt nix,wenn das Anschlußprogramm fehlt und der Junkie nur wieder in seine alte Szene eintauchen kann.

Methadon, warum gerade jetzt ?

Böse Zungen behaupten der Grund dafür, daß die Methadontherapie in der BRD nun eine Chance hat, ist die AIDS Angst der Entscheidungsträger. Bis zu 60% der Junkies sollen AIDS infiziert seien.
Während Methadon in allen europäischen Ländern, selbst in der stockreaktionären Schweiz, schon seit Jahren auf dem Suchtbekämpfungsprogramm steht, waren die BRD und Norwegen die einzigen, wo es so ein Programm nicht gab.
Die Vorteile von Methadon liegen auf der Hand.
Methadon ist ein chemisch hergestellter Opiatblocker, d.h. eine nachfolgende Heroineinnahme hätte keine Wirkung mehr.
Da es chemisch hergestellt wird ist es nicht verunreinigt, Abzeße und Entzündungen bleiben aus, der Körper wird nicht geschwächt. Methadon gibt es über die Apotheke, d.h. Illegalität und Beschaffungskriminalität fallen weg. Methadon wird geschluckt und nicht gespritzt, d.h. die Infektionsgefahr mit AIDS durch gemeinsamen Spritzengebrauch fällt weg.
Methadon ist sicher auch nicht das alleinige Wundermittel, aber Untersuchungen aus anderen Ländern belegen das 30% der Junkies die eine Methadontherapie beginnen vom Heroin loskommen. Das sind 25% mehr als bei der Abstinenztherapie. D.h. auch nicht das die Abstinenztherapie schlecht ist, sondern das es gut ist mehrere Methoden zur Auswahl zu haben. Der eine kommt vielleicht durch eine andere Therapie von der Sucht los....
(In Holland bspw. kommen 5% durch Akupunktur von Heroin weg)
Methadongegner wenden ein diese Therapie wäre nur eine Suchtverlagerung.

Zulassung zur Methadontherapie einer Inquisation und einem Offenbarungseid für den Süchtigen gleichkommt und dies bei trüben Aussichten auf einen Therapieplatz.Von den bisher 57 Anträgen an die Ärztekammer (Stand 2.9.) wurden bisher 11 geprüft, 6 zugelassen und 5 abgewiesen.
Für die Prüfung muß der Süchtige einen kompletten Lebenslauf abliefern mit allen Details und möglichst dramatisch wie eine Kriegsdienstverweigerung. Die Zulassungskriterien für eine Methadontherapie bleiben undurchsichtig. Bei einer Ablehnung des Bewerbers wird diese Datensammlung nicht an den Bewerber zurückgegeben. Bleibt die Frage wer noch Zugriff auf die Daten hat.
Endgültig über die Zulassung zu einer Therapie entscheidet eine Kommission bestehend aus 3 Ärzten und 3 Sozialarbeitern. Die Mitglieder dieser Kommission sind mehrheitlich ausgewiesene Methadongegner. Für sie ist Methadon nur das allerletzte mögliche Mittel zur Suchtbekämpfung, d.h. für Junkies die lange drauf sind, schwer krank sind, im Knast saßen und mehrere gescheiterte Therapien hinter sich haben. Wer das nicht aufzubieten hat kann es gleich lassen. AIDS-infiziert zu sein dürfte also zum Vorteil gereichen.
Die Datensammelei, auf die sicherlich nicht jeder Junkie Bock hat, Methadongegner in der Kommission und die Auswahl besonders "harter" Fälle, die auch eher zum Absprung neigen, läßt schon fast den



Außerdem weigern sich die Krankenkassen die Kosten für die Methadontherapie zu übernehmen, da Rauschgiftsucht keine anerkannte Krankheit ist.
Auch die Praxis der Methadontherapie bürdet dem Süchtigen harte Anstrengungen auf.D.h. 7 mal pro Woche in die Apotheke, um vor den Augen des Apothekers das Methadon zu schlucken. (Wo bleibt die Anonymität? Wo ist die Notapotheke am Sonntag?



3 mal die Woche zum Arzt zur Abgabe einer Urinprobe. Hierbei soll festgestellt werden, ob noch andere Medikamente/Drogen genommen wurden.
2mal die Woche zur Drogenberatungsstelle. Dazu noch Termine auf Sozialamt oder Wohnungsamt etc. Wie bei diesen Terminen Schule, Berufe oder Fortbildung möglich sein sollen bleibt das Geheimnis der Leute, die das ausgeklügelt haben.
Andersherum' wer schlecht drauf ist wird kaum alle diese Termine einhalten können. Eine Wochenration Methadon würde dem Süchtigen einige Wege ersparen und ihm einen Teil Eigenverantwortlichkeit wiedergeben.
So werden viele Junkies beim Remedacen vom Schwarzmarkt oder von wohlwollenden Ärzten bleiben, da es unbürokratischer ist. Die Zeit die der Junkie zum Bsp. zur Wohnungssuche gewinnt, weil er nicht mehr das Geld fürs Heroin zusammenbekommen muß, wird ihm teilweise wieder entzogen.

KAMPF DEN GROSSEN HAIEN!

FÜR DEINE FREIHEIT GEH NICHT AN DEN HAKEN

Methadontherapie in Hamburg

Seit einigen Wochen ist nun auch in Hamburg offiziell das Methadonzeitalter angebrochen.
Es können nun Anträge auf eine Methadontherapie bei der Ärztekammer gestellt werden.
Es scheint aber schon jetzt klar, daß die

Schluß zu das Projekt solle bewußt torpediert werden, nach dem Motto : Viele kommen nicht, viele springen ab, wir habens versucht, aber es geht halt nicht.
Vielleicht fürchtet eine Ärztelobby um ihre Jobs in der Therapie.
Hinzu kommt das Methadon bei Knast oder Krankenhausaufenthalt abgesetzt wird und so die Chance zum aufhören genommen wird.

Aufpassen und Helfen

Immer mehr Leute auch aus der linken Szene werden Junkies, verabschieden sich aus der Politszene und kommen teilweise übel drauf. Bestimmte Plätze in Ottensen und St. Pauli sind bekannte Umschlagplätze.
Ein Plakat aus Ottensen und dazugehörige Flugblätter machten darauf aufmerksam.

Da Heroin einfach ein Scheißzeug ist und keiner dem ganz gefeit ist. wenn er schlecht drauf ist, sollten wir vielleicht auch mal auf uns achten, wenn es nicht gerade um eine Kette auf der Demo geht.
Zeichen sind: Kratzen, sekundenlnges weg-nicken im Gespräch, zusammengesunkene Körperhaltung, Zittern und sogenannte Steckis, d.h. stecknadelkopfgroße Pupillen die sehr lichtempfindlich sind und keine Veränderung bei Dunkelheit zeigen, sowie Geschwüre und Einstiche an Armen und Beinen.
Selten treten alle Punkte auf und es gibt auch noch andere.
Solltet ihr mitkriegen das einer an der Nadel hängt, dann laßt ihn nicht im Stich,gebt ihm kein Geld, lieber Essen, laßt ihm keine Chance euch zu beklauen, sagt ihm wie Scheiße ihr den Hartdrogenkonsum findet und versucht ihm eine geeignete Selbsthilfegruppe anzubieten.
Wer das moralisch findet oder dem Drogen und Freiheit vorschwebt, der sollte sich mit Ex-Junkies unterhalten wie "toll" sie die Zeit fanden.

Eine neue Einrichtung in der Nähe

In der Bernstorffstraße wird vermutlich Anfang Oktober die "Palette", ein Drogenprojekt der AIDS-Hilfe HH eröffnet. Hauptträger ist die AIDS-Hilfe.
AIDS-Hilfe und Drogenprojekt haben sich für eine räumliche Trennung entschieden, da die Probleme süchtiger AIDS Kranker vielschichtiger und komplizierter sind, als die von "nur" AIDS Erkrankten.
Das Projekt welches ca. 60 Menschen, mehrheitlich Frauen betreut, versteht sich als Drogenberatung für Leute die nicht ohne Drogen leben wollen oder können.
In dem Projekt arbeiten auf ABM-Basis vier Leute (Sozialpädagogin, Bürokraft, Diplompädagogin und ein Psychotherpeut).
Sie hoffen auf die Umwandlung ihrer Stellen in feste Stellen.
Wir werden demnächst näher auf das Projekt eingehen.

Die Palette

Ab 15.10.1988
Bernstorffstraße 159
2000 Hamburg 50
Telefon 4302777
Bürozeiten und Terminabsprachen:
Mo. - Fr. : 10 - 13 u. 14 - 17 UHR
Di. : 10 - 13 u. 14 - 19 UHR

Außerdem :

1. Open House / Offene Kaffeerunde, Di. 16-19 UHR
2. Positivgruppe für (auch Ehemalige) Drogenabhängige
3. Frauengruppe, 14tägig Mo ab 19.30 UHR
4. Eltern- und Angehörigeninitiative (medikamentengestützte Therapie) jeweils 14-tägig Mi. ab 20 UHR
5. Remedacen-Selbsthilfegruppe, Mi. 15-17 UHR
6. Food Cooperation
7. Zauberkurse

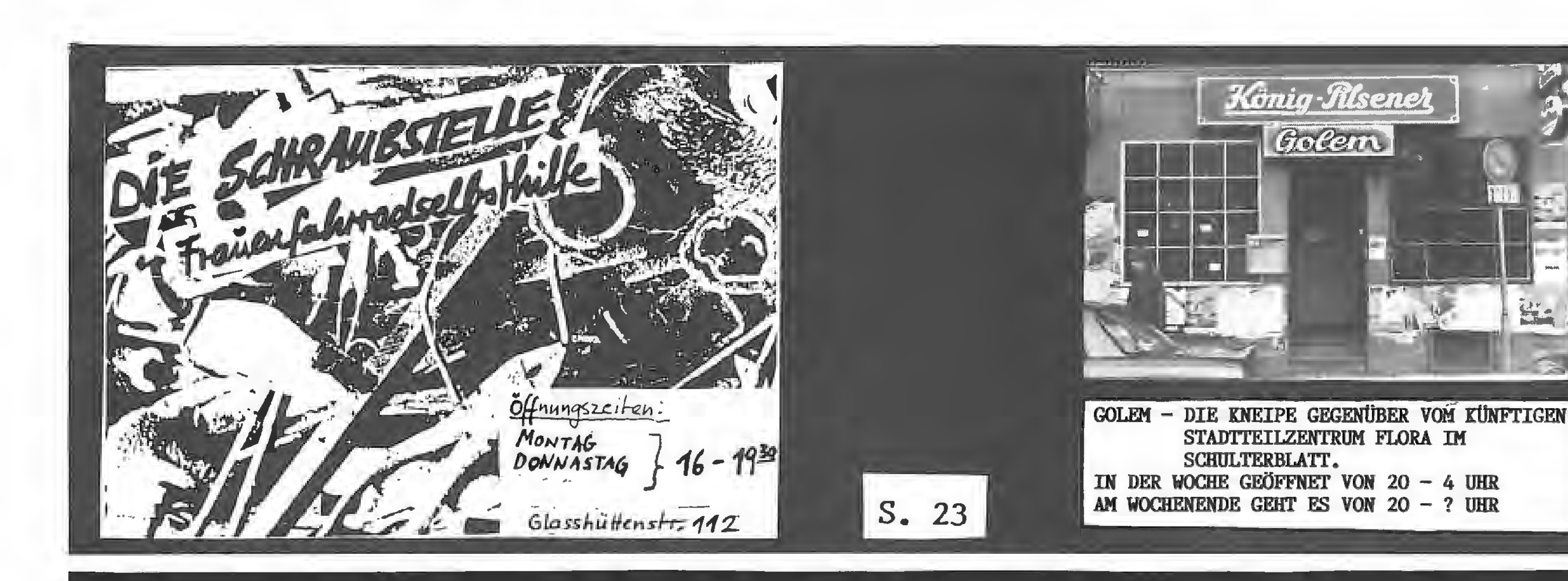
Einige Details aus dem Gespräch mit den beiden Junkies.

Beide sind schon länger drauf. Beide nehmen Remedacen. Nur einer von beiden spritzt manchmal noch. Beide sind für die Methadontherapie und wollen sie mitmachen.Beide finden die Abgabepraxis für Methadonschlecht und wünschen die Vergabe wie Remedacen, d.h. wöchentlich oder auch in größeren Mengen (z.B. bei Urlaub).
Einer von beiden weiß seit letztem Jahr das er HIV-Positiv ist. Obwohl er nur noch Remedacen nimmt, ist es fast unmöglich eine WG oder politische Zusammenhängezu finden, wenn mensch beides, positiv und Ex-Junkie ist und offen dazu steht. Argumente in politischen Zusammenhängen wie :" Du bist ja erpreßbar aufgrund Deiner Abhängigkeit", sind gang und gebe. AIDS dazu macht dann den Rest um nirgends mehr Kontakt zu bekommen. Sexualität ist gänzlich vom Programm gestrichen. Autonomes Geseiere die Methadonterapie würde die Pharmaindustrie (Hoechst) unterstützen ist gleichfalls wenig hilfreich für die Betroffenen da keine Alternativen angeboten werden. Zumal da gegen die Isolierung von Junkies, Ex-Junkies und Positiven wenig aus der Szene selbst kommt.
Die Betroffenen wollen Methadon weil es ihnen wieder mehr Zeit gibt, vor AIDS schützt und vom Dealer unabhängig macht und weil sie ihre ach so bewußtseinserweiternde Zeit als verlorene Zeit ansehen. Vielleicht sollten wir uns lieber überlegen, was wir tun können, damit den Ex-Junkies das Leben ohne Drogen perspektivreicher erscheint als mit harten Drogen.-

Hoffnungen

Die Betroffenen hoffen im Stadtteil angenommen zu werden und hoffen je nach Power sich auch in das Leben im Stadtteil einmischen zu können. Vermieden werden werden soll der Konsum von Drogen in und um die Einrichtung, der Aufenthalt von Leuten die gerade drauf sind in der Einrichtung, das Auftauchen von Dealern rund um die Einrichtung.
Wer sich informieren will, ist willkommen.
Vielleicht gibt es eine Einweihungsfete. Ansonsten werden noch diverse Einrichtungsgegenstände benötigt.





GOLEM - DIE KNEIPE GEGENÜBER VOM KÜNFTIGEN STADTTEILZENTRUM FLORA IM SCHULTERBLATT.
IN DER WOCHE GEÖFFNET VON 20 - 4 UHR
AM WOCHENENDE GEHT ES VON 20 - ? UHR

Das NEUE SCHANZENLEBEN erscheint möglichst monatlich im Selbstverlag und unter Zeit- und Eigendruck; Herausgeber ist das Redaktionskollektief des NEUEN SCHANZENLEBENS.

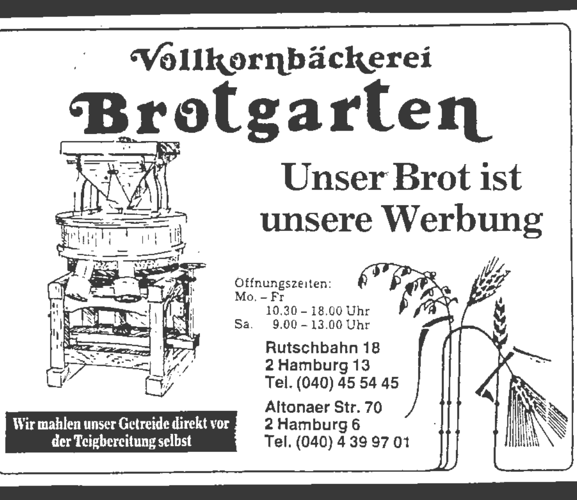
Verantwortliche Redaktörin im Sinne des Pressegesetzes ist die Rote Flotte. Für Beiträge, die mit vollen Namen gekennzeichnet sind, übernimmt die Autorin/der Autor selbst die Verantwortung.

Impressum:

WICHTIG: Für eingesandte Manuskripte und Fotos sind wir zwar sehr dankbar, können aber keine Gewähr übernehmen (mögl. Rückporto beilegen).
Kontakt, Anregungen, konstruktive Kritik, Lob, Geld- und Sachspenden usw. bitte an:
Die Druckerei
Schanzenstraße 59, 32ooo Hamburg 6

Unsachliche Beschwerden, Reklamationen, Einstweilige Verfügungen, Schadensersatzklagen und § 129a-Angelegenheiten bitte direkt an: Axel Springer Verlag 2ooo Hamburg 36

Die jeweils letzten Hefte des NEUEN SCHANZENLEBENS können ohne Entgelt eingesehen werden beim BKA, 62oo Wiesbaden. Um vorherige Anmeldung wird gebeten.





'Der Schlachter-Laden'

Fleisch aus kontrol. biolog. Aufzucht
Wurstwaren o. Nitrit- u. Phosphatzusatz

Juliusstraße 2a - 2000 Hamburg 50
Tel. 040 /439 94 04

Öffnungszeiten:
Di-Fr: 9-18 Uhr - Sa: 9-13 Uhr - Montag Ruhetag







Ständig Obst + Gemüse in biologisch-dynamischer Qualität

VASCO DA GAMA
SCHULTERBLATT 98
10-18 UHR · TEL.4300054

Hamburger
SATZ
und
Verlags-
Kooperative

Wir machen alles
zwischen Manuskript
und Druckvorlage
außerdem
Belichtung von
Computertexten
Lindenallee 4
2000 Hamburg 20
Tel.: 43 53 46 / 43 53 20





Taverna Olympisches Feuer
Schulterblatt 63 - 2000 Hamburg 6 - Telefon 43 55 97
Geöffnet von 13.00 Uhr bis 2.00 Uhr morgens



Schulterblatt 84, 2 Hamburg 6
10x15 v. Dia, DM 0.69
30x45 v. Neg., DM 3.99
" v. Dia, DM 4.49

Agfa XR 100i DM 4.99
inclusive Entwicklung

Berleon Records

SCHALLPLATTEN
MUSIKVIDEOS/
BESTELLSERVICE
COMPACTDISCS

second hand von
bester qualität.
ideal für lieb-
haber guter musik
täglicher ankauf!

Schulterblatt 78. 2 Hamburg 6, 4392155

Taverna
TO FRURIO
GRIECHISCHE SPEZIALITÄTEN
INHABER PASCH. CHRISTOFORIDIS
SCHANZENSTR. - 87 - 2000 HAMBURG 6 - TELEFON : 040/ 43 66 20
Mo bis Fr - 16.00-01.00 Uhr
Sa, So - 12.00-01.00 Uhr

Buchhandlung YOL

BUCHHANDLUNG YOL
SCHANZENSTR.5, 2000 Hamburg 6
Tel: 040 / 435474

YOL KİTABEVİ









